

94

März./Apr. '02
17. Jahrgang
EUR 1,50
ISSN: 1436-7823

Antifaz

**Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus**
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Internet: www.afb-bbz.de

Weitere Themen:

- Neue Strategie
des Pentagon
- Askere Gitme -
Geh nicht zur Armee
- Container Istanbul
- Ostdeutscher
Rechtsextremismus
- Neonazi-Konzert
in Dortmund
- Polemik gegen
die Antideutschen



Titelthema:
Kein Frieden um Israel

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Berichte	
Folter als Antwort	16
Kampagne für kurdischen Unterricht	17
Askere Gitme – Geh nicht zur Armee	18
Container Istanbul	29
Nie wieder Halabja	32
Neonazi-Konzert in Dortmund	33
Ostdeutscher Rechtsextremismus	35
Vom Juden Cohen	39
Analyse	
Kein Frieden um Israel (Teil 3)	4
Die neue Strategie des Pentagon	12
NPD – Verbot	37
Polemik	
Gegen die Antideutschen	41
Aufruf	
Zur Solidarität	34
In eigener Sache	
Wie weiter mit der AntifaZ	42
Material: Das Zuwanderungsgesetz	A-H

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habnahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 15 EUR
Förderabonnements/Jahr 18 EUR

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	EUR
5,5 cm	< 6 cm	< 30,-
5,5 cm	8-10 cm	30,-
10,5 cm	6-8 cm	40,-
5,5 cm	24 cm	60,-
7,7 cm	24 cm	75,-
16 cm	12 cm	75,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch
Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:

Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923

Fax: 02361/21686

eMail: afb-bbz@t-online.de

Internet: www.afb-bbz.de

Redaktionssitzung:

Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:

BLZ: 430 500 01

Konto-Nr.: 334 010 27

(Stichwort „AntifaZ“)

Sparkasse Bochum

Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 95: 28.04.2002

EDITORIAL

Mit diesem Staat ist kein Staat zu machen – das zeigte sich einmal mehr am **16. März 2002** in **Dortmund-Schüren**, wo der Dortmunder Polizeipräsident Hans Schulze gemeinsam mit dem LKA NRW dafür sorgten, dass ein **Nazi-Konzert** mit über 1000 Teilnehmern über die Bühne gehen konnte, ohne dass die Öffentlichkeit etwas davon erfuhr.

Wie sehr man sich der offenen Kumpanei schuldig machte, zeigt schon die fadenscheinige Begründung für das Nichteinschreiten: Es habe sich um eine private Veranstaltung mit „Gästeliste“ gehandelt – vermutlich standen die LKAler allesamt auf der namentlichen Gästeliste!

Auch das **NPD-Verbotsverfahren** ist inzwischen wohl als „gestorben“ anzusehen – nicht, weil Schily und Beckstein nicht die Aufhebung des Namens NPD nicht wirklich gewollt hätten. Das hatten sie sehr wohl im Sinn, nämlich um den Faschisten Beine zu machen, endlich aus der traditionalistischen Ecke herauszukommen und eine moderne, zeitgemäße Faschismus-Form zu etablieren, zum Beispiel unter dem Logo „Die Euros“ o.ä.

Nein, der Grund für das Scheitern ist die bodenlose Arroganz der Macht der Herren Schily und Co., die wohl entweder glaubten, das Bundesverfassungsgericht würde schon einfach mitziehen, auch wenn letztlich *alle* geladenen „Zeugen“ sich als Staatsschutzagenten enpuppten, oder aber der Meinung waren, wegen der großen Zahl ihre Kader in der NPD-Führung dafür sorgen zu können, dass diese das Verbot ohne großen Widerstand über sich ergehen lassen würde (wofür eine gewisse Zeit auch tatsächlich einiges sprach).

Zum Thema schreibt **Manuel Kellner** in der **SoZ** unter dem Titel: „**Das Verfahren ist zur Farce geworden**“.

Zum Thema NPD passt auch der Beitrag von **Manfred Behrend**, „**Der Osten als Jungbrunnen der NPD**“, in dem er die Entwicklung in den neuen Bundesländern analysiert.

„**Wie weiter mit der AntifaZ?**“ ist die Stellungnahme unserer Redaktion „**in eigener Sache**“ überschrieben – wir sind in unseren Diskussionen endlich zu einem vorläufigen Ergebnis gekommen und teilen Euch mit, wie u.E. eine neue Gesamtkonzeption unserer Zeitschrift aussehen könnte.

Wie Ihr unschwer feststellen könnt, wird der zukünftige Gesamtrahmen dieser Zeitschrift die „**Internationale Politik**“ sein – wie es auch in den vergangenen Ausgaben und auch in dieser immer deutlicher wurde.

Somit ist auch nicht zufällig der dritte Teil der Serie „**Kein Frieden um Israel**“ von **Klaus Dillmann** zum Leitartikel der vorliegenden Ausgabe erklärt worden.

Wegen der internationalen Bedeutung der Analyse der US-Kriegsstrategie drucken wir aus **LE MONDE diplomatique** den Artikel „**Kriegsszenarien und Rüstungsboom**“ von **Paul-Marie de la Gorce** ab.

Einen größeren Teil dieser Ausgabe nimmt mal wieder das Thema „**Kurdistan**“ ein, nicht zuletzt wegen der angelaufenen europaweiten Kampagne für „**Kurdisch als muttersprachlicher Unterricht**“, die von allen kurdischen Organisationen getragen wird, sondern auch, weil u.E. der Kurdistan-Konflikt angesichts des drohenden US-Feldzugs gegen den Irak erneut eine vorrangige Bedeutung erhält. Zum Thema auch ein Beitrag aus **OTKÖKÜ**, der türkischsprachigen Beilage der Zeitschrift „**Graswurzelrevolution**“, in welchem **Guido von Leemput** über die Organisation türkischer und kurdischer Kriegsdienstverweigerer „**Askere Gitme!**“ in den **Niederlanden** berichtet.

Außerdem gibt es noch einen Beitrag von **Richerd Kelber**, der unter dem Titel „**Der Jude Cohen**“ über den Einsatz von SchülerInnen in Dortmund-Wickede berichtet, die dort einen Platz dem von den Nazis ermordeten Wickeder **Textilhändler Levi Cohen** umbenennen lassen wollen – die Kommunalpolitik ist dagegen!

Was sonst noch drin steht, Ihr erfahrt es im Inhaltsverzeichnis.

Für die Redaktion

WT

KEIN FRIEDEN UM ISRAEL

Entstehung, Entwicklung und Tragweite des jüdisch-palästinensischen Konflikts

Teil 3

Die Lage in Palästina hat sich weiter zugespitzt und nimmt seit Wochen in den deutschen Medien einen wesentlichen Raum ein. Dabei wird in der Parteinahme für „die Sache der Palästinenser“ ein bisher noch untergründiger Interessengegensatz zu den USA spürbar, auch wenn in den Bergen um Kandahar in Afghanistan europäische Soldaten, darunter Soldaten der Bundeswehr, in einen Guerillakrieg gegen Al-Qaida- und Taliban-Kämpfer verwickelt sind. Aber selbst dem Präsidenten der USA, George W. Bush, der schon mehr oder weniger deutlich Kriegspläne gegen den Irak schmiedet, ist die von der israelischen Regierung betriebene Eskalation des Konflikts nicht ganz geheuer. Er fürchtet einen Einflußverlust in der Region, wenn es den USA nicht gelingt, dort ihre Rolle als Friedensstifter glaubhaft zu machen.

Zur aktuellen Situation

Die ständige Drangsalierung der durch die militärischen Maßnahmen Israels immer stärker eingeeengten palästinensischen Bevölkerung ist alles andere als geeignet, dort Ruhe einkehren zu lassen. Dabei macht die israelische Armee keinen Unterschied zwischen steinwerfenden Jugendlichen, die gegen ihre Panzer anrennen, und den Selbstmordattentätern, die sich etwa in einer israelischen Schule oder bei einer israelischen Hochzeitsfeier in die Luft sprengen und dabei zahlreiche andere Menschen mit in den Tod nehmen. Beide Gruppen werden gleichermaßen als Terroristen stilisiert. Mit einem solchen Vorgehen verstärkt Israel eher noch den Hexenkessel an Emotionen, aus denen heraus sich junge Leute bereitfinden, freiwillig in den Tod zu gehen. Auch die Angriffe auf Institutionen der palästinensischen Autonomiebehörden und die mit militärischen Mitteln verhängte Ausgangssperre für den Präsidenten der palästinensischen Autonomiebehörden, Yassir Arafat, verschärfen den Konflikt weiter. Das unterschiedslose Vorgehen der israelischen Regierung erweckt vielmehr den Eindruck, als betrachte sie nahezu alle Palästinenser bereits darum als störend, weil sie trotz des auf sie ausgeübten massiven Drucks immer noch in Palästi-

na leben und nicht Staatsangehörige eines arabischen Staates geworden sind und sich dort niedergelassen haben.

Der Islamismus, wie er in den palästinensischen Organisationen „Islamischer Dschihad“ und Hammas gepflegt wird, aber auch breite Teile der palästinensischen Bevölkerung erfaßt hat, ist nicht in der Lage, zwischen chauvinistischen Führern und der Bevölkerung Israels einen Unterschied zu machen, daher ist es für seine jungen Anhänger, die eh von dem Gefühl durchdrungen sind, sich in einem Kampf auf Leben und Tod um ihre eigene und die Existenz ihres Volkes zu befinden, ideologisch kein großer Schritt von den Steinewerfern, die mit relativ geringer Wirkung im Kampf gegen Panzer ihr Leben lassen, hin zu Selbstmordattentaten, wo sie möglichst viele Menschen der israelischen Gesellschaft mit in den Tod nehmen können. Und ein Volk, das um seine Existenz kämpft, kann, wie die Erfahrungen der Geschichte immer wieder gezeigt haben, zwar vernichtet, aber nicht besiegt werden.

Mit der zunehmenden Eskalation des Konflikts aber wird zugleich die Autorität der - korrupten - palästinensischen Autonomiebehörden, die am ehesten geneigt sind, den Weg der Verhandlungen zu suchen, wei-

ter untergraben. Bedroht sieht sich aber auch die durch und durch korrupte Führung von Saudi-Arabien, dem Zentrum der Rabitat, die die islamistischen Kräfte an zahlreichen Brennpunkten der Auseinandersetzung mit der als gottlos betrachteten westlichen Welt fördert. Die aus Saudi-Arabien stammenden El-Qaida-Kämpfer mit ihrer feudalistischen Ideologie und ihrer technisch modernen Kampfführung haben zahlreiche Verbindungen zu den dort herrschenden Familien und können so auch Druck auf politische Kräfte im Lande ausüben

Ein Lichtblick?

Und die israelische Gesellschaft? Wie steht sie zu dem, was in Palästina heute vor sich geht? Bekannt geworden ist: Über 500 israelische Soldaten weigern sich inzwischen, in den palästinensischen Gebieten Krieg zu führen. Sie meinen, das sei keine Maßnahme zur Verteidigung der israelischen Bevölkerung mehr, sondern ein Angriff auf die palästinensische Bevölkerung, einige von ihnen befürchten sogar, das käme einem völkermordähnlichen Einsatz gleich. Sie gehen lieber in ein Militärgefängnis, als sich in den palästinensischen Gebieten stationieren zu lassen.

Insbesondere der derzeitige israeli-

sche Ministerpräsident Ariel Sharon ist so unter erhöhten politischen Druck im eigenen Land geraten. Ob dieser Druck sich so verstärken kann, daß er zurücktreten muß, bleibt abzuwarten. An die Macht in Israel war er gekommen, obwohl der israelischen Bevölkerung mehrheitlich seine Verstrickung in das Massaker an den Palästinensern 1982 im Libanon bekannt war. In der Knesseth bildet seine eigene Partei eine Minderheit und wäre nicht regierungsfähig gewesen, wäre es ihm nicht gelungen, die Arbeiterpartei unter Simon Peres in die Koalition einzubeziehen.

1982, nach dem Massaker in den palästinensischen Lagern Sabra und Schatila, erschien in New York das Buch des israelischen Journalisten **Jacobo Timerman**, „*The Longest War. Israel in Lebanon*“ (deutsch ein Jahr später unter dem Titel „*Israels längster Krieg. Tagebuch eines verlorenen Sieges*“ erschienen), das er einem ihm persönlich unbekannten Major der israelischen Armee namens **Giora Harnik** gewidmet hatte. Giora Harnik war aktives Mitglied der israelischen Friedensbewegung „**Frieden jetzt**“ gewesen und war mit dem Libanonkrieg nicht einverstanden, in dem er auf Befehl tötete und getötet wurde. Er fiel an der Spitze seiner Einheit in der Schlacht um die libanesischen Festung Beaufort. Seine völlig verzweifelte Mutter schrieb damals: „*Wenn wir eine menschliche, gerechte und integre Gesellschaft bleiben wollen, müssen wir dafür sorgen, daß unser Schwert rein bleibt und nur zur Verteidigung gezogen wird.*“

Jacobo Timerman, Sohn ukrainischer Juden, hatte seit seinem 5. Lebensjahr (1928) in Argentinien gelebt. Er hatte die Zeitung **LA OPINION** gegründet und geleitet, die an der argentinischen Politik starke und viel beachtete Kritik geübt hatte. Die 1976 an die Macht gelangte Militärjunta verhaftete ihn 1977 und schob ihn 1979 nach Israel ab. In Israel veröffentlichte er danach das Buch „*Wir brüllten nach innen* -

Folter in der Diktatur“ und war dort seither ein angesehener Journalist. Sein Buch, aus dem hier zitiert wird, erschien allerdings in den USA.

Über das Massaker schrieb Jacobo Timerman: „*Am Sonntag, den 19. September 1982, dem zweiten Tag des neuen Jahres, dem zweiten Tag des Monats Tischrei des Jahres 5743, gab es in Israel keine Zeitun-*

daß sie sich schämten, Israelis zu sein, und wurden von der Polizei mit Knüppeln und Tränengas angegriffen.

An der libanesischen Grenze in Rosch Hanikra protestierten etwa hundert Menschen. Sie wurden von der Mehrheit der Israelis, die sich in diesem beliebten Touristenort aufhielten, beleidigt und verprügelt und von den Soldaten der Grenz-



Demo der israelischen Friedensbewegung

Foto: AP

gen. Seit dem Vortag, als die ersten Gerüchte über das Massaker an den Palästinensern in Beirut in Umlauf kamen, ist die einzige zuverlässige Informationsquelle überhaupt die BBC in London.

20 Kilometer nördlich von Tel Aviv ging eine Gruppe Jugendlicher aus dem Kibbuz Gaasch auf die Straße nach Haifu und blockierte den gesamten Verkehr mit Steinen und brennenden Reifen. Es war der erste Protest, ganz spontan. Was sollten sie sonst tun, um ihre Empörung auszudrücken? Viel war es nicht, aber es war ihnen unerträglich, untätig zu bleiben. Sie blockierten die Straße, die nach Norden, in den Libanon, führt.

In Jerusalem gingen zwei- oder dreihundert Menschen auf die Straße. Sie konnten es nicht ertragen, zu Hause zu bleiben und sich vorzustellen, was in Beirut geschehen war. Sie sprachen miteinander, erzählten sich Neuigkeiten, erklärten,

garnison auseinandergetrieben.

Dies ist fast alles, was in Israel geschah, obwohl die Nachricht von dem Massaker schon 24 Stunden lang bekannt war und jeder von uns wußte, daß es von unserem Militär organisiert worden war.

(Am folgenden Samstag, den 25. September, gab es in Tel Aviv eine große Kundgebung, an der nach Schätzungen von Journalisten mehr als 100.000 Menschen teilnahmen - in der ausländischen Presse wurde die weit übertriebene Zahl von 400.000 genannt -, aber es war fast ausschließlich dieselbe politisch bedeutungslose Minderheit, die schon immer gegen die Regierung Begin war. Ich glaube, daß die Mehrheit der Kundgebungs-Teilnehmer vor dem Massaker für die Invasion gewesen ist.)

Warum sind die Israelis nicht imstande zu erkennen, daß der Feldzug ihrer Armee gegen das palästinensische Volk in höchstem Maße

kriminell ist?

Als das Morden in den Lagern begann, war dem tapfersten, fähigsten und aufrichtigsten der israelischen Kriegskorrespondenten sofort klar, was da geschah. Zeev Schiff berichtete einem Regierungsmitglied und bat ihn, einzugreifen. Das war alles. Er unterrichtete nicht die internationale Presse, die sicher versucht hätte, dem Morden Einhalt zu gebieten. Die israelische Disziplin in ihm war stärker. Zwanzig Jahre lang hat diese Disziplin das israelische Volk betäubt und die Diasporajuden erpreßt. Schiff gab seine Informationen an einen der Verantwortlichen für das Massaker weiter, an ein israelisches Kabinettsmitglied.

Warum war dieser fähige und aufrichtige Reporter nicht imstande, das kriminelle Verhalten der israelischen Regierung richtig einzuschätzen?

An diesem Sonntag, den 19. September, kam mein ältester Sohn, um Abschied zu nehmen. Er war wieder eingezogen worden und sollte sich am nächsten Tag zu seinem Stützpunkt im Norden begeben. Er war die ersten vierzig Tage des Krieges dort stationiert und mußte jetzt wieder für zwanzig Tage einrücken. Ich bin der Meinung, daß er nicht hingehen sollte, aber der Gedanke an das Militärgefängnis schreckt ihn ab. Er leidet noch immer unter der Erinnerung an seine Besuche in dem Gefängnis, in dem ich in Argentinien festgehalten wurde. Wenn er auch nicht desertieren will, so hat er doch das Bedürfnis, seinen Protest gegen die Morde in den Palästinenserlagern irgendwie zum Ausdruck zu bringen. Er studiert Geisteswissenschaften an der Universität von Tel Aviv, und er liebt die Anthropologie. Er befragt mich langsam und behutsam über das Leben im Gefängnis.

Hier die Antwort eines israelischen Vaters - und die Aufforderung, einmal nachzudenken über das Maß an Entfremdung, Deformation und Abnormität, die jetzt das tägliche Leben in Israel bestimmen.

'Mein Sohn, man kann ein argentinisches Gefängnis nicht mit einem israelischen vergleichen. In unseren Gefängnissen werden nur Araber mißhandelt, und du gehörst zur höheren Rasse. Gewiß, wir waren einmal das Volk, das Gott zum Zeugen seiner Wahrheit auserwählt hat, doch jetzt, da wir uns zum Mord an einem anderen Volk gerüstet haben, sind wir eine überlegene Rasse, weil uns, wie unsere Regierung sagt, niemand besiegen kann. Man wird dich im Gefängnis nicht foltern. Wenn du einmal deine tägliche Routine gefunden hast, sind dreißig oder sechzig Tage schnell herum. Aber wenn du dich jetzt nicht bei deinem Stützpunkt meldest, so ist das nur die Tat eines einzelnen. Vielleicht denken andere in deinem Regiment wie du, und ihr könnt einen kollektiven Protest organisieren. Auf jeden Fall aber müßt ihr euch alle weigern, in den Libanon zu gehen. Man kann nicht zum Komplizen eines Verbrechens werden und sich auf Befehle von oben berufen. Es ist Zeit zum Widerstand.'

Mein Sohn weiß, daß Juden in israelischen Gefängnissen nicht gefoltert werden, aber er weiß auch, daß Kriegsdienstverweigerer vielen Erniedrigungen ausgesetzt sind. Er ging am nächsten Tag und wollte mit anderen Soldaten sprechen. (Am 4. Oktober 1982 wurde Daniel Timmerman zu 28 Tagen Militärgefängnis verurteilt, weil er sich weigerte, wieder an die libanesische Front zu gehen.) Ich erinnerte mich an Rabbi Robert Goldberg, der einem jungen Mann, der während des Vietnamkrieges den Dienst in der US-Armee verweigerte, sagte: 'Du kommst vielleicht vor Gericht, aber nie vor ein Nürnberger Tribunal.'

Wie ist es möglich, daß ich mich damit abfinden kann, meinen Sohn in den Händen der Extremisten zu wissen, die jetzt die israelische Armee kommandieren?

Ich habe wenig Vertrauen zur demokratischen Opposition in Israel. Ich fürchte, daß die israelische Disziplin, die bei uns allen das Unter-

bewußtsein vollkommen beherrscht, zu einer Untersuchung führen wird, die die Verbrecher letzten Endes vor der verdienten Strafe bewahrt. Das israelische Volk wird in den Augen der Welt ungeheuer an Respekt und moralischem Format verlieren. Schließlich hat es im Laufe der Jahre viele Untersuchungsausschüsse gegeben, doch gewöhnlich werden ihre Berichte weder veröffentlicht noch befolgt. Ich erinnere mich an Rabbi Abraham Joshua Heschel, der während der Kampagne gegen den Vietnamkrieg erklärte: 'In einer freien Gesellschaft sind einige schuldig, aber alle verantwortlich.'

Nur das Weltjudentum, so meine ich, kann jetzt etwas für uns tun. Die Diasporajuden, die die Werte unserer moralischen und kulturellen Tradition hochgehalten haben - die Werte, die jetzt von Intoleranz und Nationalismus mit Füßen getreten werden - die Diasporajuden sollten ein jüdisches Tribunal schaffen, das über Begin, Scharon, Eitan und den gesamten israelischen Generalstab urteilt. Nur so könnten wir uns von der Krankheit befreien, die Israel zerstört, und - vielleicht - Israels Zukunft retten.

Was hat uns bloß zu so erfolgreichen Verbrechern gemacht?

Die Möglichkeit eines Völkermordes an den Palästinensern in unserem kollektiven Unbewußtsein ist offensichtlich nichts vollkommen Abstoßendes. Ich glaube, wir Israelis können nur mit der Hilfe anderer geheilt werden.

Tel Aviv, 21. September 1982.

(Die Sätze in Klammern wurden nach diesem Datum eingefügt.)

Ein Rufer in der Wüste? Damals erfüllte sich seine Hoffnung nicht. Scharon wurde damals zwar seines Amtes als Kriegsminister enthoben, nicht aber bestraft. Als 20 Jahre nach dem Massaker die Überlebenden von Sabra und Schatila in Brüssel einen Prozeß anstrebten, um Entschädigung für ihr Leid und das ihrer Angehörigen zu erstreiten, geriet neben Scharon auch der Führer der christlichen Falange-Milizen,

die das Massaker damals verübten, **Elie Hobeika**, in die Schlagzeilen. Er erklärte öffentlich, an Hand von Dokumenten beweisen zu können, daß nicht er, sondern Sharon die Schuld daran trage. Nicht einmal eine Woche später wurde er durch eine Autobombe in die Luft gesprengt - und in hiesigen Medien wurde unter anderem auch gemutmaßt, daß die Tat auf den **Mossad** zurückgehen könnte. Gewiß, die im Libanon nach wie vor rührige islamistische **Hisbollah** könnte es ebenso gewesen sein, auch wenn sie mit einer solchen Tat den auf Entschädigung klagenden Opfern von damals keinen Gefallen getan hätte. Bestätigt wurde bisher keine der Mutmaßungen.

Der „Berliner Antisemitismus-Streit“

Knüpfen wir an der in den letzten beiden Nummern begonnenen historischen Aufarbeitung des Konflikts zwischen Juden und Palästinensern an, in einem Land, mit dem die Palästinenser damals kaum Berührung hatten: in dem sich aber Ereignisse abspielten, die sich im Endeffekt auf sie höchst belastend auswirken sollten: Deutschland.

Der deutsche Antisemitismus, der sich ideologisch auch aus Versatzstücken von Schriften westeuropäischer rassistischer Autoren wie **Joseph Arthur Gobineau** (1816-1882) und **Houston Stewart Chamberlain** (1855-1927) nährte, berief sich in einer Welt der Wissenschaftsgläubigkeit auf Wissenschaftlichkeit.

Graf Gobineau, Schriftsteller und französischer Gesandter, der das Ende seines Lebens in Turin zubrachte, brachte in den Jahren 1853-1856 insgesamt 4 Bände unter dem Titel „*Versuch über die Ungleichheit der Menschenrassen*“ heraus (auf Deutsch 1935 erschienen), worin er die „Arier“ als die „Eliterasse“ bezeichnete, der die Herrschaft über alle anderen Menschenrassen zukomme. 1877 brachte er seine „historischen Szenen“

und sein Werk „*Renaissance*“ heraus, worin er eine Moral der Stärke propagierte. Seine Schriften wirkten auf den deutschen Philosophen **Friedrich Nietzsche** ebenso wie auf den antisemitischen Komponisten **Richard Wagner** und dessen Schwiegersohn **Houston Stewart Chamberlain**.

Chamberlain, ein philosophischer Schriftsteller, der in Portsmouth geboren war und später zunächst in Dresden, dann in Wien und schließlich in Bayreuth lebte, ging 1908 mit **Eva Wagner** eine Ehe ein und erhielt während des Ersten Weltkrieges (1916) die deutsche Staatsbürgerschaft. Er beschäftigte sich zunächst ausführlich mit dem idealistischen Philosophen **Kant** und dem Dichter **Goethe**, über die er jeweils ein Werk veröffentlichte. Seine Bücher „*Rasse und Nation*“ (1918) und „*Rasse und Persönlichkeit*“ (1925) atmeten den Geist des Rassismus. Insbesondere sein Buch „*Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts*“, das den Anteil des Germanentums an der Kulturentwicklung in Europa betonte, wurde eine wichtige Grundlage für die Rassenlehre des Nationalsozialismus.

Im wissenschaftlichen Raum waren bereits 1879 im „Berliner Antisemitismus-Streit“ die Fronten in Form zweier Antipoden aufeinandergeprallt: einerseits des nationalistischen Historikers **Heinrich von Treitschke**, andererseits des von ihm speziell angegriffenen jüdischen Historikers **Heinrich Graetz**. Treitschke selbst hätte es weit von sich gewiesen, wenn man ihn als Antisemiten angesprochen hätte, aber diejenigen, die sich gegen sein Geschreibsel wandten, ebenso wie diejenigen, die es verteidigten, hielten ihn dafür. Politische Wirkung erzielte er eben nicht durch das, was er von sich selbst hielt, sondern durch das, was er an antijüdischen Vorurteilen - zunächst unreflektiert, später rechthaberisch - äußerte.

Als einer der führenden Historiker der deutschen Bourgeoisie und rühriger Propagandist des aufkommen-

den deutschen Imperialismus schrieb damals Treitschke in einem vielbeachteten Zeitschriften-Artikel „*Unsere Aussichten*“ (man beachte auch die unausgesprochen auf eine Verschärfung der Todesstrafe gerichtete Stoßrichtung seiner Argumentation gleich zu Beginn):

„Das erwachte Gewissen des Volks wendet sich vornehmlich gegen die weichliche Philanthropie unseres Zeitalters. Recht als ein Zeichen der Zeit erschien in den letzten Wochen die Schrift von O. Mittelstädt 'Gegen die Freiheitsstrafen' - ein kräftiger Protest wider jene Verhät-schelung und Verzärtelung der Verbrecher, welche unsere Zuchthäuser übervölkert hat und zur Grausamkeit gegen die rechtschaffenen Leute wird. Warum ist diese streng sachlich gehaltene Schrift bereits durch Entrüstungsmeetings und grimmige Verachtungsresolutionen der radikalen Parteien beantwortet worden? Weil die Helden der philanthropischen Phrase im Stillen fühlen, daß der tapfere Verfasser ... im Wesentlichen doch nur ausspricht, was Hunderttausende denken. Der ganze Zug der Zeit drängt dahin, daß die unerbittlich strenge Majestät des Rechts in unseren Gesetzen wie in ihrer Handhabung wieder zur vollen Anerkennung gelangen muß.“

Treitschke setzte, um seine Haßtiraden ideologisch zu vertuschen, zunächst bei einer von ihm als im Kaiserreich der Hohenzollern vorherrschend dargestellten Denkweise an, die man heute als philosemitisch bezeichnen würde.

„Unter den Symptomen der tiefen Unstimmigkeit, welche durch unser Volk geht, erscheint keines so befremdend wie die leidenschaftliche Bewegung gegen das Judentum. Vor wenigen Monaten herrschte in Deutschland noch das berufene 'umgekehrte Hep-Hep-Geschrei'. Über die Nationalfehler der Deutschen, der Franzosen und aller andern Völker durfte Jedermann un-gescheut das Härteste sagen; wer sich aber unterstand über irgendeine unleugbare Schwäche des jüdi-

schen Charakters gerecht und maßvoll zu reden, ward sofort fast von der gesamten Presse als Barbar und Religionsverfolger gebrandmarkt.“ Daraus leitete der Autor eine für ihn verständliche (und daher verzeihliche) latente Judenfeindschaft ab, die hin und wieder an äußeren Merkmalen sichtbar wird. Sein Gedankengang: Wäre man den Juden gegenüber weniger entgegenkommend, d.h. ließe man ihre Gleichberechtigung (die er als besonderes Privileg ansieht) nicht zu, so könnte auch eine solche Feindschaft nicht gedeihen. Nach außen tarnt er seinen Angriff, indem er sich von denen, die ihre Judenfeindlichkeit unverhüllt zum Ausdruck bringen, distanziert, um dann gerade diese von ihm zuvor verurteilte „Roheit“ als Argument zu benutzen, warum ihr nachgegeben werden müsse.

„Heute sind wir bereits so weit, daß die Mehrheit der Breslauer Wähler ... sich verschworen unter keinen Umständen einen Juden in den Landtag zu wählen; Antisemitenvereine treten zusammen, in erregten Versammlungen wird die 'Judenfrage' erörtert, eine Fluth von judenfeindlichen Libellen (= kleinen Büchern)* überschwemmt den Büchermarkt. Es ist des Schmutzes und der Roheit nur allzu viel in diesem Treiben, und man kann sich des Ekels nicht erwehren, wenn man bemerkt, daß manche jener Brandschriften offenbar aus jüdischen Federn stammen; bekanntlich sind seit Pfefferkorn und Eisenmenger die geborenen Juden unter den fanatischen Judenfressern immer stark vertreten gewesen. Aber verbirgt sich hinter diesem lärmenden Treiben wirklich nur Pöbelroheit und Geschäftsneid? Sind diese Ausbrüche eines tiefen, lang verhaltenen Zornes wirklich nur flüchtige Aufwallung, so hohl und grundlos wie einst die teutonische Judenhetze des Jahres 1819? Nein, der Instinkt der Massen hat in der That eine schwere Gefahr, einen hochbedenklichen Schaden des neuen deutschen Lebens richtig erkannt; es ist keine leere Redensart, wenn man heute

von einer deutschen Judenfrage spricht.“

Treitschke weiß natürlich, daß in den westeuropäischen Ländern das Vorgehen der deutschen Antisemiten als barbarisch verurteilt wird. Er ist daher bestrebt, Unterschiede in der Situation zu konstruieren, um darzulegen, warum die Verhältnisse in Deutschland sich mit denen in Westeuropa nicht vergleichen lassen.

„Wenn Engländer und Franzosen mit einiger Geringschätzung von dem Vorurtheil der Deutschen gegen die Juden reden, so müssen wir antworten: Ihr kennt uns nicht; Ihr lebt in glücklicheren Verhältnissen, welche das Aufkommen solcher 'Vorurtheile' unmöglich machen. Die Zahl der Juden in Westeuropa ist so gering, daß sie einen fühlbaren Einfluß auf die nationale Gesittung nicht ausüben können; über unsere Ostgrenze aber dringt Jahr für Jahr aus der unerschöpflichen polnischen Wiege eine Schaar strebsamer hosenverkaufender

dem spanischen Judenstamme an, der auf eine vergleichsweise stolze Geschichte zurückblickt und sich der abendländischen Weise immer ziemlich leicht eingefügt hat; sie sind in der That in ihrer großen Mehrzahl gute Franzosen, Engländer, Italiener geworden - soweit sich dies billigerweise erwarten läßt von einem Volke mit so reinem Blut und so ausgesprochener Eigenthümlichkeit. Wir Deutschen aber haben mit jenem polnischen Judenstamme zu thun, dem die Narben vielhundertjähriger christlicher Tyrannei sehr tief eingepreßt sind; er steht erfahrungsgemäß dem europäischen und namentlich dem germanischen Wesen ungleich fremder gegenüber.

Was wir von unseren israelitischen Mitbürgern zu fordern haben, ist einfach: sie sollen Deutsche werden, sich schlicht und recht als Deutsche fühlen - unbeschadet ihres Glaubens und ihrer alten heiligen Erinnerungen, die uns Allen ehrwürdig sind; denn wir wollen nicht,



Palästinensische Gefangene

Foto: AP

Jünglinge herein, deren Kinder und Kindeskinde dereinst Deutschlands Börsen und Zeitungen beherrschen sollen; und immer ernster wird die Frage, wie wir dies fremde Volksthum mit dem unseren verschmelzen können. Die Israeliten des Westens und des Südens gehören zumeist

daß auf die Jahrtausende germanischer Gesittung ein Zeitalter deutsch-jüdischer Mischcultur folge. ... Ich glaube jedoch, mancher meiner jüdischen Freunde wird mir mit tiefem Bedauern Recht geben, wenn ich behaupte, daß in neuester Zeit ein gefährlicher Geist der Ue-

berhebung in jüdischen Kreisen erwacht ist, daß die Einwirkung des Judenthums auf unser nationales Leben, die in früheren Tagen manches Gute schuf, sich neuerdings vielfach schädlich zeigt. Man lese die Geschichte der Juden von Graetz: *welch fanatische Wuth gegen den 'Erbfeind', das Christenthum, welcher Todhaß gerade wider die reinsten und mächtigsten Vertreter germanischen Wesens, von Luther bis herab auf Goethe und Fichte! ... Da wird unter beständigen hämischen Schimpfreden bewiesen, daß die Nation Kants eigentlich erst durch die Juden zur Humanität erzogen, daß die Sprache Lessings und Goethes erst durch Börne und Heine für Schönheit, Geist und Witz empfänglich geworden ist! ... Und diese verstockte Verachtung gegen die deutschen Gojin (= Ungläubigen)* ist keineswegs bloß die Gesinnung eines vereinzelt Fanatikers. Keine deutsche Handelsstadt, die nicht viele ehrenhafte, achtungswerthe jüdische Firmen zählte; aber unbestreitbar hat das Semitentum an dem Lug und Trug, an der frechen Gier des Gründer-Unwesens einen großen Antheil, eine schwere Mitschuld an jenem schnöden Materialismus unserer Tage, der jede Arbeit nur noch als Geschäft betrachtet und die alte gemüthliche Arbeitsfreudigkeit unseres Volkes zu ersticken droht; in tausenden deutscher Dörfer sitzt der Jude, der seine Nachbarn wuchernd auskauft. Unter den führenden Männern der Kunst und Wissenschaft ist die Zahl der Juden nicht sehr groß; um so stärker die betriebsame Schaar der semitischen Talente dritten Ranges. ...*

Am Gefährlichsten aber wirkt das unbillige Uebergewicht des Judenthums in der Tagespresse - ... es war ein Unglück für die liberale Partei und einer der Gründe ihres Verfalls, daß gerade ihre Presse dem Judentum einen viel zu großen Spielraum gewährte. ... der kleine Mann läßt sich nicht mehr ausreden, daß die Juden die Zeitun-

*gen schreiben, darum will er ihnen nichts mehr glauben. ... Börne führte zuerst in unsere Journalistik den eigenthümlichen schamlosen Ton ein, der über das Vaterland so von außen her, ohne jede Ehrfurcht ab spricht, als gehöre man selber gar nicht dazu. ... Ueberblickt man nun all diese Verhältnisse ..., so erscheint die laute Agitation des Augenblicks doch nur als eine brutale und gehässige, aber natürliche Reaction des germanischen Volksgefühls gegen ein fremdes Element, das in unserem Leben einen allzu breiten Raum eingenommen hat. Sie hat zum Mindesten das unfreiwillige Verdienst, den Bann einer stillen Unwahrheit von uns genommen zu haben; es ist schon ein Gewinn, daß ein Uebel, das Jeder fühlte und Niemand berühren wollte, jetzt offen besprochen wird. Täuschen wir uns nicht: die Bewegung ist sehr tief und stark; ... Bis in die Kreis der höchsten Bildung hinauf, unter Männern, die jeden Gedanken kirchlicher Unduldsamkeit oder nationalen Hochmuths mit Abscheu von sich weisen würden, ertönt es heute wie aus einem Munde: **die Juden sind unser Unglück!**" (Hervorhebung von mir, KD)*

Eine „Kluft zwischen abendländischem und semitischem Wesen“ habe von je her bestanden, „seit Tacitus einst über das odium generis humani (= Haß auf das Menschengeschlecht) klagte“ (alle Zitate aus: Heinrich von Treitschke, *Unsere Aussichten*, in: *Preußische Jahrbücher*, November 1879).*

Um auch von politischen Gegnern ernst genommen zu werden, machte Treitschke verbal einige Zugeständnisse, um desto schärfer herauszustellen, was er wirklich zu sagen hatte. Dabei jedoch unterliefen ihm eine Reihe von für einen Wissenschaftler sehr blamablen Fehlern, die Graetz in seiner „Erwiderung an Herrn Treitschke“ schonungslos aufdeckte.

„Sie haben ... in einem politischen Artikel auch eine nur wenig in Baumwolle gewickelte Angriffswaf-

fe gegen die Juden in Deutschland geschwungen. Ihr Artikel ist im Grunde nach gewissen nicht mißverständlichen Wendungen eine Anklage gegen die Gesamtjudentheit. ... Der Genius des deutschen Volkes möge Ihnen verzeihen, daß Sie das unüberlegte Wort ausgesprochen haben: Die Juden seien ein Unglück für das deutsche Volk. Sie stellen damit diesem Volk ein wenig schmeichelhaftes Zeugniß aus, das dieses in seiner Kernhaftigkeit mit Unwillen zurückweisen wird. Wie? 40 Millionen Deutsche sollen in Gefahr sein, von einer Handvoll Juden corrumpt und entsittlicht zu werden? Es ist ein Schimpf, den Sie ihnen anthun, wie Sie überhaupt dieses Heldenvolk beleidigen, indem Sie ihm volles Nationalgefühl absprechen. Was sollen Franzosen und Russen dazu sagen? Auch der Genius der Menschheit möge Ihnen verzeihen, daß Sie in einer, wie Sie meinen, leidenschaftlich erregten Zeit mit diesem Schlagwort den Fanatismus der Menge gegen eine schwache Minorität zu schüren sich nicht scheuen. Glücklicherweise stehen die Sachen anders. Die Bewegung gegen die Juden ist keineswegs tief und groß. Zählen oder wägen Sie die judenfeindlichen Stimmen, denen Sie sich zugesellen - auch ohne Vergleich mit den judenfreundlichen - und Sie müssen finden, daß sie ebenso vereinzelt, wie wenig bedeutsam sind. ...

Nur als Historiker dem Historiker gegenüber will ich einige von Ihnen aufgestellte Motivirungen beleuchten. Sie berufen sich für Ihre judenfeindliche Antipathie auf Tacitus' Ausspruch gegen die Juden: odium generis humani; Sie sollten aber wissen, daß dieser einseitige römisch-aristokratische Geschichtsschreiber diesen Ausdruck nur von den Christen gebraucht, da, wo er von deren Verfolgung unter Nero erzählt ... correpti (Christiani) haud perinde in crimine incendii, quam odio humani generis convicti sunt (= die Ergriffenen (Christen) wurden zwar nicht des Verbrechens der Brandstiftung, wohl aber des Hasses

gegen das Menschengeschlecht überführt)*. Sie behaupten ferner, die Juden des Westens und Südens ..., d.h. die in Frankreich, England und Italien wohnenden Juden sind deswegen edle Menschen und gute Patrioten, weil sie vermöge ihrer verhältnismäßig stolzen Geschichte sich der abendländischen Weise ziemlich leicht eingefügt hätten, die Juden in Deutschland dagegen, vom polnischen Judestamme, 'denen die Narben vielhundertjähriger christlicher Tyrannei eingeprägt' seien, stünden erfahrungsgemäß dem europäischen und namentlich dem germanischen Wesen ungleich fremder gegenüber. Nehmen Sie es nicht übel, es ist ein historischer Schnitzer. Meine Geschichte, die Sie doch gelesen haben wollen, hätte Sie darüber eines Besseren belehren können. Abgesehen davon, daß die Mehrzahl der französischen Juden deutschen Ursprungs sind, haben die spanischen und portugiesischen Juden unendlich mehr und länger von der 'christlichen Tyrannei' gelitten, als die polnischen. Diese haben von der Zeit ihrer Ansiedlung an bei Königen, Fürsten und auch beim Volke Duldung genossen. Erst im 17. Jahrhundert erlitten sie blutige Verfolgungen, aber nicht von den Polen, sondern von wilden Kosakenhorden. Judengehetze wegen Hostienschändung und Christenkindermord kamen in Polen äußerst selten und Ausweisung niemals vor. Die Juden der pyrenäischen Halbinsel dagegen haben vom 14ten Jahrhundert an blutige Verfolgungen erlitten und diese endeten damit, daß ein großer Theil aus dem Lande gejagt und der kleinere mit empörender Grausamkeit zum Christenthum gezwungen wurde. Gegen diese wüthete bis ins 18. Jahrhundert hinein das Feuer der Scheiterhaufen ... Von diesem Geschlechte der Marranen, der gewalthätig bekehrten Juden, entstammt die Mehrzahl der Israeliten des Südens und Westens, die sich in das europäische Wesen hineingelegt haben trotz der Narben vielhundertjähriger christlicher Tyrannei. Die

aus Polen eingewanderten Juden aber haben keine Narben mitgebracht, sie haben sich auch nicht germanisiert und sind ungleich patriotischer als die Wasserpollacken in Oberschlesien und andere slawische Stämme in Deutschland.

Auch Ihre Behauptung von der Einwanderung hosenverkaufender polnisch-jüdischer Jünglinge ist unrichtig. Statistiker werden Ihnen durch Zahlen belegen, wie wenig Juden gegenwärtig von Osten nach Deutschland übersiedeln. In Galizien genießen die Juden thatsächlich die Gleichstellung voll und uneingeschränkt und verspüren wenig Lust zur Auswanderung; ihre intelligenten Söhne steigen nicht selten zum Offiziersrang auf; Rußland läßt keine militärpflichtigen Jünglinge über die Grenze. ...

... Sie haben meine 'Geschichte der Juden' unverantwortlicher Weise als christenfeindlich angeklagt. ... Der von Ihnen gebrauchte Ausdruck, daß in meiner Geschichte eine fanatische Wuth gegen den 'Erbfeind', das Christenthum, enthalten sei, ist ... eine Illoyalität. Dieses von Ihnen unterstrichene Wort kommt in keinem Theile meiner Geschichte vor. Ich hatte es nicht mit der Gegenwart, sondern mit der Vergangenheit zu thun, ich hatte die tausendfachen, blutigen, unbarmherzigen Verfolgungen gegen meine Stamm- und Religionsgenossen zu erzählen und wollte sie der Wahrheit gemäß erzählen. Hätte ich die Geschichte fälschen sollen? ... Zum Schlusse will ich Ihnen nur noch das eine Wort sagen. Sie nennen mich einen Fanatiker. Bei eingehender Selbstprüfung müßten Sie finden, wo der 'Fanatiker' steckt." (in: Schlesische Presse, 07.12.1879; die - weitaus umfangreichere - Kontroverse zu diesem Thema ist enthalten in: Walter Boehlich (Hrsg.), *Der Berliner Antisemitismusstreit*, Frankfurt am Main 1965)

Einige der von Graetz geltend gemachten Bedingungen im Osten Europas sollten sich nur wenige Jahre später drastisch verändern. Bereits

1794 waren (in einer Gegenbewegung gegen die Französische Revolution, die den französischen König zum „Bürger Capet“ gemacht und schließlich wegen Hochverrats hingerichtet hatte) im Zarenreich Rußland die Juden unter eine Ausnahme-gesetzgebung gestellt und in bestimmte „Ansiedlungsrayons“ zusammengedrängt sowie auf bestimmte Gewerbe beschränkt worden. (Rußlands jüdische Bevölkerung war durch die Aufteilungen Polens unter Rußland, Preußen und Österreich-Ungarn beträchtlich erhöht worden. Viele Juden blickten natürlich mit Sympathie auf die für das Judentum positive Entwicklung in Frankreich.) Nach der Ermordung des liberalen Zaren **Alexander II.** durch die anarchistische Gruppe **Narodnaja Wolja** (= Volkswille) 1881 gab es in Rußland die ersten **Pogrome** (= „Verwüstungen“), d.h. systematisch geschürte Aufhetzungen und Gewalttaten gegen die Juden, es folgen die antijüdischen „Maigesetze“ von 1882, die schließlich zur Aufstellung von „schwarzen Hundertschaften“ führten, einer Terrortruppe, die jüdische Siedlungen überfiel und die dortige Bevölkerung umbrachte. Dies wiederum hatte eine starke Fluchtbewegung von Juden insbesondere nach Deutschland und von da vor allem in die USA und nach Palästina zur Folge. Doch davon mehr bei der Beschreibung des Zionismus.

Zur Gruppe Narodnaja Wolja hatten zwar auch Menschen jüdischer Herkunft gehört, ihre Bestrebung war aber, wie ihre Selbstbezeichnung zeigt, darauf gerichtet, durch die als „Propaganda der Tat“ verstandene Ermordung von Symbolfiguren der absolutistischen Herrschaft das Volk zu ermutigen, seine Ketten abzuschütteln. Dieser ihr größter Erfolg hatte zur Folge, daß die erste Generation dieser Organisation innerhalb eines Jahres gefangen genommen wurde und die meisten ihrer Mitglieder am Galgen endeten. Zugleich aber gab ihr Beispiel, das unter den damals Herrschenden in aller Welt Entsetzen auslöste, der

anarchistischen Bewegung zeitweilig starken Auftrieb, auf dem Londoner Anarchistenkongreß 4 Monate nach dem Attentat wurde dieses öffentlich bejubelt und der Tyrannenmord als Mittel zur Durchsetzung von politischem Wandel gepriesen; der Kongreß mündete sogar in die Gründung einer kurzlebigen **Anarchistischen Internationale**; aber zu einer Tat von ähnlich weitreichenden Folgen wie die Ermordung des Zaren (die den Anfang vom Ende des Zarismus bildete) kam es nirgendwo auf der Welt mehr, viele Anarchisten wurden, ehe es zu analogen Taten kommen konnte, ergriffen und oft ohne viel Federlesen oder aufgrund zweifelhafter Gerichtsurteile hingerichtet, und die von den Anarchisten gegründete Internationale zerfiel auch bald wieder wegen der Zerstrittenheit ihrer Anhänger untereinander. Ihr „Erfolg“ hatte darin bestanden, daß es in zahlreichen Ländern zum Ausbau oder erst zur Bildung von Geheimpolizeien kam, die unter dem Vorwand, Terror zu bekämpfen, Methoden des Terrors übernahmen und Terror ausübten. Da Menschen jüdischer Herkunft in fast allen Ländern mit zu denen gehörten, die an den Rand der Gesellschaft gedrängt waren, gab es nicht wenige Juden, die sich in Gruppen engagierten, deren Ziel auf eine radikale Veränderung der jeweiligen Gesellschaft gerichtet war, mithin auch nicht wenige Anarchisten jüdischer Herkunft, was die Gegner solcher Zielsetzungen und Organisationen dazu nutzten, sie propagandistisch als jüdisch dominiert in Mißkredit zu bringen, und zwar unabhängig davon, ob es sich um monarchische oder demokratische Staaten handelte. Die Staatsmacht selbst sah sich, unabhängig von ihrer Legitimationsbasis, herausgefordert.

Zugrunde lag dieser Auseinandersetzung die historisch bedingte Tatsache, daß dem Judentum unter der Christenheit im Feudalismus in einem sehr frühen Stadium des Zusammenlebens die Entfaltung in zahlreichen Erwerbsbereichen - ins-

besondere in der Landwirtschaft - versagt geblieben waren und seine Angehörigen auf solche Berufe abgedrängt wurden, die für einen Christen verpönt, wenn nicht verboten waren (so z.B. der Beruf eines Geldverleihers, weil dieser Zinsen nehmen mußte, um Erlös zu erzielen). Derartige Beschränktheiten setzten sich im Absolutismus beim Ausbau von Beamten- und Militärwesen fort. Folge davon war ein proportionales Übergewicht in solchen Berufen, wo es derartige Beschränkungen für die Juden nicht gab, so zunächst im Handel und Bankwesen, später - insbesondere nach der sogenannten Judenemanzipation - in den freien Berufen sowie im wissenschaftlichen Bereich, wohin alle solche jüdischen Menschen drängten, die andernfalls als Beamte oder Offiziere untergekommen wären. Auch in den künstlerischen Bereichen (Schriftstellerei, Malerei, Musik, Schauspiel) waren Juden überproportional stark vertreten und konnten gelegentlich in einer Branche - auch aufgrund internationaler Beziehungen - dominieren. Relativ viele von ihnen waren auch weniger leicht in die nationalistischen Ideologien der Länder, in denen sie lebten, einzubinden, da sie deren Schattenseiten am eigenen Leib früher verspürten und daher solchen Ideologien skeptischer gegenüberstanden, was sie hinwiederum für die Nationalisten zu Störfaktoren machte.

Da in Deutschland, Österreich-Ungarn und Rußland die Judenemanzipation vergleichsweise spät erfolgt war, war hier diese Disproportionalität noch stärker spürbar als etwa in England oder Frankreich, wo schon früher die Gleichberechtigung der Angehörigen unterschiedlicher Religionen durchgesetzt worden war bzw. mit dem laizistischen Staat eine strikte Trennung von Staat und Kirchen auch gesellschaftlich längst Anerkennung gefunden hatte.

Zunächst hatte es so ausgesehen, als ob die zurückweisende Reaktion auf den Treitschke-Aufsatz fast nur von

Juden ausginge. Die ersten öffentlichen Antworten kamen fast ausschließlich von deutschen Wissenschaftlern jüdischer Herkunft. Außer dem Historiker Graetz waren das z.B. der Mediävist (= Historiker des abendländischen Mittelalters) **Harry Breslau**, der Völkerpsychologe **Moritz Lazarus**, der Philosoph **Hermann Cohen**, hinzu kamen der Abgeordnete **Ludwig Bamberger**, der Rabbiner Manuel Joel.

„Bis zum Spätsommer 1880 erschienen mindestens 25 selbständige Flugschriften, die sich mit Treitschkes Position in der 'Judenfrage' auseinandersetzten, davon waren nur vier von Nichtjuden verfaßt. Die beiden Antisemiten **Wilhelm Endner** und **H. Naudh** unterstützten und radikalisierten Treitschkes Stellungnahme, und nur zwei Christen, der dem Judentum entstammende protestantische Pfarrer **Paulus Cassel** und der Gymnasialprofessor (= Studienrat)* **Karl Fischer** kritisierten die antijüdischen Ausfälle des Berliner Professors. Bei den noch zahlreicheren Zeitungsartikeln zu dem Streit um Treitschke sah das Verhältnis nicht grundlegend anders aus. Es hatte also den Anschein, daß Treitschke allein bei den Juden auf Widerstand und Kritik stieß. Erst als im Spätherbst 1880 Treitschke mit **Theodor Mommsen** ein Kontrahent erwuchs, der ihm an Prestige und Einfluß nicht nachstand, änderte sich das Bild, und es kam zur Polarisierung und Spaltung der öffentlichen Meinung. Mommsens öffentliches Auftreten gegen seinen Berliner Kollegen und langjährigen Freund war nicht zuletzt durch die antisemitische Agitation provoziert worden, die sich mit Berufung auf Treitschke unter den Studenten der Berliner Universität ausgebreitet hatte.“ (Wolfgang Benz/Werner Bergmann, *Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus*, Freiburg/Basel/Wien (Herder) 1997, S. 223)

(wird fortgesetzt)

DER AFGHANISTAN-FELDZUG UND DIE NEUE STRATEGIE DES PENTAGON Kriegsszenarien und Rüstungsboom

DIE Kriegsrhetorik des George W. Bush bereitet atmosphärisch einen Feldzug gegen Staaten vor, die angeblich eine „Achse des Bösen“ bilden. Darin konkretisiert sich aber auch die im Januar 2001 formulierte neue Militärdoktrin, wonach die USA in der Lage sein sollen, vier und nicht nur zwei begrenzte Kriege gleichzeitig zu führen. Diese neuen Ziele der US-Verteidigungspolitik rechtfertigen nicht nur global erhöhte Militärausgaben. Die angestrebte „strategische Kontrolle über die Problemstaaten“ steht außerdem im Zusammenhang mit dem nationalen Raketenabwehrsystem (NMD), das die Unverwundbarkeit des US-amerikanischen Territoriums garantieren soll.

Von PAUL-MARIE DE LA GORCE

Am 31. Januar 2002 legte US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld vor Offizieren an der „National Defense University“ in Washington die neue Militärdoktrin der Vereinigten Staaten dar: „Wir müssen jetzt handeln, um auf vier größeren Kriegsschauplätzen die Fähigkeit zur Abschreckung zu erreichen.“ Zudem müsse man in der Lage sein, „zwei Aggressoren gleichzeitig zu besiegen, und dabei die Möglichkeit haben, eine groß angelegte Gegenoffensive zu starten und die Hauptstadt des Feindes zu besetzen, um dort ein neues Regime zu installieren“ (1). Damit verkündete Rumsfeld eine erhebliche Änderung der geltenden Doktrin. In der bisherigen Entwicklung der US-Sicherheitspolitik lassen sich drei Etappen unterscheiden. Vor Beginn der siebziger Jahre waren die Vereinigten Staaten auf „zweieinhalb Kriege“ vorbereitet. Als die kommunistischen Staaten noch als einheitlicher Block erschienen, wollte man gegen einen eventuellen Krieg mit der Sowjetunion gewappnet sein, einen weiteren Krieg gegen China einkalkulieren und eine regional be-

grenzte Militäraktion gegen einen Feindstaat mit schwächerem militärischem Potential (wie den Korea- und Vietnamkrieg oder die Militärexpeditionen gegen den Libanon, Guatemala und die Dominikanische Republik) durchführen können.

Nach dem Bruch zwischen der Sowjetunion und China verkündete US-Präsident Richard Nixon das „Anderthalb-Kriege-Konzept“, das einen größeren Konflikt mit der Sowjetunion oder mit China und wie bisher eine begrenzte Militäroperation vorsah. Kurz nach Ende des Kalten Krieges veröffentlichte die alte Bush-Administration 1991 ein Papier mit dem Titel „Base Force Review“, das die neue Militärdoktrin skizzierte.

Jetzt sollten sich die Streitkräfte auf mindestens „zwei größere regionale Konflikte“ („Major Regional Conflicts“) vorbereiten. Die Clinton-Administration schrieb diese Zielsetzung in ihrem „Bottom-up-Review“ (Bestandsaufnahme) von 1993 und im „Quadriennial Defense Review“ von 1997 fort, wo jetzt von „Major Theater

Wars“ (2) die Rede ist.

Schlüsselwort

„strategische Kontrolle“

DONALD RUMSFELD erhöhte die Zahl der „begrenzten Kriege“ nicht nur von zwei auf vier, sondern suchte am 31. Januar auch genauer zu umreißen, auf welche Bedrohungen die Vereinigten Staaten künftig gefasst sein müssen. Zum feindlichen Lager zählte er dabei sowohl terroristische Organisationen mit „weltweiten Ambitionen“, als auch die Staaten, die ihnen Unterstützung gewähren, insbesondere diejenigen, die alles tun, um ABC-Massenvernichtungswaffen zu entwickeln und herzustellen. Rumsfelds Definition der Bedrohung hebt nicht mehr nur auf die Herkunft, sondern auch auf die Art der Bedrohung ab. „Wir müssen uns auf neue Formen des Terrorismus vorbereiten, aber auch auf Angriffe gegen das amerikanische Weltraumpotential, auf Cyber-Attacken gegen unsere Kommunikationssysteme und nicht zuletzt auf die Bedrohung durch Marschflugkörper, ballistische Raketen, chemische und biologi-

sche Waffen.“

Wie zur Rechtfertigung für die erhebliche Aufstockung des Verteidigungshaushaltes durch die Bush-Administration nannte Rumsfeld solche Hauptziele der neuen US-Verteidigungspolitik: den Schutz des nationalen Territoriums und der US-Basen im Ausland, den Transport von Streitkräften an entfernte Kriegsschauplätze, die Zerstörung der Schaltzentralen des Feindes, die Sicherheit der Informations- und Kommunikationssysteme, die Weiterentwicklung der Fähigkeit zu kombinierten Einsätzen von Heer, Luftwaffe und Marine sowie die Sicherung des Zugangs zum Weltraum und des dort befindlichen Materials der Vereinigten Staaten.

Die angekündigten Veränderungen beziehen sich jedoch nicht auf die Einsatzstruktur der Streitkräfte. Die ergibt sich vielmehr aus der „Revolution in Military Affairs“ im Zusammenhang mit der Einführung moderner Digitaltechnik, die eine präzise Zielfindung über sehr weite Entfernungen und Echtzeitinformationen über die feindlichen Stellungen und potentielle Zielobjekte ermöglicht. Das zentrale Konzept lautet hier „strategische Kontrolle“. Gemeint ist die Fähigkeit, die Verfassung des Gegners in jedem Augenblick exakt zu bestimmen, dessen Schlagkraft durch planmäßige Zerstörung der militärischen, industriellen und politischen Kapazitäten zu reduzieren oder nötigenfalls zu vernichten, um ihn zu Rückzug oder Kapitulation zu zwingen. Zumindest in der ersten Phase des Konflikts ist damit nicht unbedingt eine Besetzung des umkämpften oder feindlichen Territoriums vorausgesetzt. Die Zielbestimmung für die Bodentruppen soll der politischen Führung vorbehalten bleiben. Die Strategen haben von Anfang an

betont, dass die Doktrin der „strategischen Kontrolle“ auf alle möglichen Konfliktszenarien anwendbar ist. Die konkrete Umsetzung habe sich nach der Art des Feindstaates zu richten, nach seiner Einwohnerzahl, seinen indu-

gegen zivile Ziele in Serbien, Montenegro und dem Kosovo. Nach Pentagon-Angaben verloren die USA dabei ein Kampfflugzeug vom Typ F 117 und 15 Drohnen. Die Angriffe auf die jugoslawische Armee waren hinge-



US-Vizepräsident Cheney inspiziert US-Bereitschaft

Foto: AP

striellen Kapazitäten, seiner Infrastruktur und der Bedeutung seiner urbanen Zentren, vor allem aber auch nach dem politischen Regime und den Mitteln, mit denen man es am ehesten stürzen oder unschädlich machen kann.

Was ihre konkrete Anwendung betrifft, ist die Doktrin also denkbar flexibel formuliert. Die Militärexperten in der US-Administration und in den von ihr beauftragten Denkfabriken haben denn auch aufmerksam verfolgt, wie diese Einsatzdoktrin im Golfkrieg, in Bosnien und im Kosovo umgesetzt wurde. Im Golfkrieg dauerte die amerikanische Luftoffensive 43 Tage, der anschließende Bodeneinsatz nur vier Tage. In Bosnien zerstörte die US-Luftwaffe wie geplant 300 Ziele, die Verluste beschränkten sich auf zwei Flugzeuge und zwei Soldaten; der Bodeneinsatz blieb den Verbündeten vorbehalten. Im Kosovo dauerten die Luftangriffe 78 Tage, waren wirksam aber nur

gen – wie die US-Experten einräumen – ein fast kompletter Misserfolg. Nur 12 oder 13 Panzer wurden zerstört, exakt wie es das jugoslawische Oberkommando behauptet hatte, also sehr viel weniger als von der Nato-Propaganda während des Krieges bejubelt wurden. Dieselben Experten verbreiten gleichwohl die Ansicht, dass sich die Zielgenauigkeit von Krieg zu Krieg verbessert habe.

Auch in Afghanistan kam besagte Einsatzdoktrin zur Geltung, wie immer abgestimmt auf die besonderen landschaftlichen Gegebenheiten und das Militärpotential des Gegners. In der ersten Phase, als das oberste Ziel die Bildung einer Ersatzregierung war, richteten sich die Luftangriffe gegen das militärische Potential der Taliban, also Flugplätze, Panzer, Waffenlager, Munitionsdepots. Zur Unterstützung der Luftwaffe wurden Marschflugkörper eingesetzt, die von Flugzeugen oder

Kriegsschiffen aus mit hoher Präzision ihr Ziel fanden.

In der zweiten Phase, während der Besetzung des Territoriums durch die Nordallianz und später auch durch vor Ort rekrutierte Paschtunen-Milizen, begannen die Flächenbombardements. Dank dieser Bombenteppiche konnten die von den USA unterstützten oder rekrutierten Bodentruppen mit Hilfe einiger weniger US-Spezialeinheiten ohne größere Gefechte vormarschieren. Weder bei der Einnahme von Masar-i Scharif noch von Kabul kam es zu nennenswerten Kampfhandlungen, was regelrechte Massaker jedoch nicht verhindern konnte. Als die Taliban nach Kandahar zurückwichen und sich auflösten, wurde gleich die ganze Stadt in Schutt und Asche gelegt. Die Zahl der Bombenopfer wurde nie veröffentlicht.

Alles in allem kann die US-Militärführung also mit gutem Grund annehmen, dass sich das

nennenswerten Verlusten im Wesentlichen erreicht.

Die Befürworter und Architekten der US-Militärdoktrin ziehen völlig selbstverständlich eine Verbindungslinie vom Konzept der „strategischen Kontrolle“ zu den aktuellen Plänen für ein Raketenabwehrsystem. Auch Staaten mit begrenzter Militärkapazität seien eine Bedrohung, wenn sie über Mittel- oder Langstreckenraketen verfügen, die amerikanisches Territorium erreichen können. (3) Die Sicherung des US-Weltraumpotentials setze die Unverwundbarkeit des eigenen Territoriums voraus, und dabei könne die im Ausland oder auf Schiffen installierte Raketenabwehr nur unterstützend eingreifen. So steht das Konzept der „strategischen Kontrolle“ in einem viel unmittelbarerem Zusammenhang mit den neuen Raketenabwehrplänen, als offizielle Verlautbarungen einräumen wollen.

Anfangs stieß das geplante Rake-

Administration den ABM-Vertrag von 1972 aufkündigte, regte sich kein Widerspruch mehr. Und als die USA unter Missachtung der für solche Fälle vorgesehenen sechsmonatigen Sperrfrist kurze Zeit später erfolgreich eine Raketenabwehrrakete testeten, schien dies niemanden mehr zu wundern.

Die „Problemstaaten“

DIE strategische Analyse, mit der das NMD-Programm begründet wird, geht von der absoluten Überlegenheit der USA in allen sicherheitspolitischen Bereichen aus. Die Strategen der NMD-Kommission unter Leitung von Donald Rumsfeld ebenso wie US-Außenminister Colin Powell leiteten daraus ab, dass die für den Kalten Krieg bestimmten Konzepte von gegenseitiger Abschreckung und nuklearem Gleichgewicht nicht mehr zeitgemäß seien. Die Atomwaffenarsenale seien weitgehend abzubauen, wobei die Vereinigten Staaten und Russland ihr Abschreckungspotential behalten müssten. Gleichzeitig sei ein Raketenabwehrsystem zu installieren, um das amerikanische Territorium, die Zonen von vitalem Interesse auf dem Staatsgebiet der Verbündeten sowie die im Ausland befindlichen Luft- und Marinestützpunkte zu schützen.

Als potentielle Feinde, deren Offensivkapazitäten eine Raketenabwehrschild unschädlich machen würde, sehen manche Strategen die sogenannten Schurkenstaaten, die von der US-Diplomatie unentwegt an den Pranger gestellt werden. Andere halten natürlich China für den Feind. Doch diese Diskussion ist Schnee von gestern. Heute gelten als mögliche Feinde die „Sorgen- oder Problemstaaten“ (states of concern), die die Dislozierung von Massenvernich-



Afghanistan wird „befreit“

Foto: REUTERS

Konzept der „strategischen Kontrolle“ bewährt hat und in so unterschiedlichen Kriegen wie in Afghanistan, Irak, Bosnien und Kosovo ziemlich erfolgreich umgesetzt werden konnte. Die politischen Ziele wurden mit kaum

tenabwehrsystem auf US-Territorium (deshalb inzwischen National Missile Defense oder NMD genannt) vielerorts auf Widerstand, doch die Entschlossenheit der Amerikaner brachte alle Zweifler zur Raison. Als die Bush-

tungswaffen planen, und dazu gehört auch China. In einem Dokument des Vereinigten Generalstabes mit dem Titel „Joint Vision 2020“ wird China ganz unverblümt als potentieller Gegner bezeichnet. Ein wenig netter formuliert es eine im Juni 2000 veröffentlichte Version, die China als „ebenbürtigen Rivalen“ (peer competitor) einstuft. Ganz oben auf der Liste der zu schützenden Auslandsterritorien steht natürlich Taiwan, das vor einem Zugriff durch China zu bewahren ist. Gleiches gilt für die US-Militärbasen in Kirgisien und Usbekistan, die laut US-Verteidigungsminister Rumsfeld „auf Dauer“ eingerichtet wurden. Um glaubwürdig zu bleiben, sieht sich China im Gegenzug gezwungen, sein Raketenarsenal drastisch aufzustocken. Nach glaubwürdigen US-Informationen könnte China in weniger als zwölf Jahren über rund 100 Boden-Boden-Raketen mit Atomsprengkopf verfügen, die amerikanisches Territorium erreichen könnten und aufgrund ihrer mobilen Abschussrampen gegen präventive US-Schläge geschützt wären.

Andererseits käme als Feind auch einer der Staaten in Frage, die George W. Bush in seiner Rede vom 29. Januar 2002 als „Achse des Bösen“ bezeichnet hat: Nordkorea, der Iran und der Irak. Offensichtlich hat jedoch keiner dieser Staaten etwas mit der Terrororganisation zu tun, die für die Anschläge vom 11. September verantwortlich ist. Überdies verfügen weder Nordkorea noch der Iran oder der Irak über Massenvernichtungswaffen – die irakischen etwa wurden zerstört. Was diese drei Ziele betrifft, so kommen die Strategen der neuen Doktrin auf das Konzept der konventionellen Militärschläge zurück, wobei sie jeweils unterschiedliche Szenarien studieren. So kommen im Fall

Irak gezielte Luftangriffe nur in Frage, wenn vor Ort rekrutierte Bodentruppen zur Unterstützung einer groß angelegten Gesamtoffensive bereitstehen, die erst mit dem Sturz des Regimes von Saddam Hussein beendet wäre.

Dagegen scheint ein konventioneller Krieg gegen den Iran aufgrund der geographischen, demographischen, wirtschaftlichen und militärischen Gegebenheiten des Landes eher unwahrscheinlich. Hier reichen die Szenarien von einer partiellen Blockade des Landes, die eine nur schwer zu realisierende Koalition voraussetzt, bis hin zu gezielten Schlägen gegen Industrie- und Militäranlagen, wo Massenvernichtungswaffen hergestellt werden könnten.

Keines dieser Szenarien kann jedoch eine iranische Gegenwehr und eine Eskalation mit unabsehbaren Folgen ausschließen.

Luftangriffe oder kombinierte Luft- und Bodeneinsätze gegen Nordkorea sind zwar nicht undenkbar, wegen der Nachbarschaft zu China jedoch unwahrscheinlich. Zudem denkt man in Washington über Verhandlungen mit Pjöngjang nach, um die Produktion, Entwicklung und Ausfuhr nordkoreanischer Raketen zu begrenzen, so wie man bereits hinsichtlich der befürchteten Produktion von Atomwaffen eine vertragliche Einigung erzielt hat.

Dass die Bush-Administration entschlossen ist, sich auf sämtliche Konfliktszenarien mit diesen Ländern vorzubereiten und auch alle sonstigen Krisenszenarien abzudecken, lässt schon das neue US-Verteidigungsbudget erkennen. Die drastische Erhöhung der Militärausgaben begann zwar bereits unter der Clinton-Administration, und zwar von 259 Milliarden Dollar in 1998 über 279 Milliarden in 1999 und 290 Milliarden in 2000 auf 301 Milliarden im Budgetjahr

2000/2001. (5)

Doch Bush legt jetzt noch einmal kräftig drauf: für 2001/2002 sind 328 Milliarden Dollar vorgesehen, und bis 2007 werden 450 Milliarden Dollar anvisiert. Unter dem Schock der Attentate sind manche Etatposten förmlich explodiert: So stieg der Haushalt zur Bekämpfung des Bioterrorismus von 1,4 Milliarden auf 3,7 Milliarden Dollar. (6) Die Zahlen enthalten eine klare Botschaft: Nachdem die US-Administration verkündet hat, dass sie den Einsatz von militärischen Mitteln zur Durchsetzung ihrer Ziele für notwendig und legitim hält, verschafft sie sich nun die dafür nötigen Mittel.

Anmerkungen:

- (1) AFP, 31. Januar 2002
- (2) Dazu Paul-Marie de la Gorce, „Comment l’alliance atlantique tente d’adapter son système de sécurité“, *Le Monde diplomatique*, Dezember 1993; Michael T. Klare, „Der nächste Krieg beginnt in den Köpfen“, *Le Monde diplomatique*, November 1997, Paul-Marie de la Gorce, „USA : Verstärkter Rüstungswettlauf“, *Le Monde diplomatique*, Dezember 1999.
- (3) Amiral Marcel Duval, „Le projet de bouclier antimissiles américain“, *Geopolitique* 7, Paris, Januar-März 2002.
- (4) „Intelligence et Sécurité“, Paris Januar 2002
- (5) Office of Management and Budget. Congressional Budget Office.
- (6) Judith Miller, „Bush to Request Big Spending Push on Bio-terrorism“, *New York Times*, 4. Februar 2002.

(aus: **LE MONDE diplomatique**, März 2002)

FOLTER ALS ANTWORT AUF DIE FORDERUNG NACH BILDUNG IN DER MUTTERSPRACHE

Die antidemokratische und repressive Haltung der türkischen Regierung gegenüber den natürlichen und demokratischen Forderungen des kurdischen Volkes wird zunehmend gewalttätiger

Nach dem Beschluss der kurdischen demokratischen Bewegung soll die kurdische Frage mit politischen und demokratischen Methoden gelöst werden, ohne die Grenzen der Türkei anzutasten. Einhergehend mit dieser Strategieänderung verfolgt das kurdische Volk seine menschlichen Forderungen nach Bildung in der Muttersprache und freier Kulturausübung ausschließlich auf legalen und legitimen Wegen. Trotzdem setzt die türkische Regierung ihr repressives Vorgehen in einer äußerst gewalttätigen Art und Weise fort.

Wir sind der Überzeugung, dass es zu Beginn des 21. Jahrhunderts nicht annehmbar ist, dass die türkische Regierung unter Herausforderung der gesamten demokratischen Weltöffentlichkeit auf die Forderung nach Anerkennung der Rechte des kurdischen Volkes mit polizeilichen Repressionen und Folter antwortet.

Auf der einen Seite werden die Bemühungen fortgesetzt, die HADEP, die eine legale und demokra-

dischunterricht bei der Universitätsleitung eingereicht hatten. Beim Verlassen der Universität wurden die StudentInnen von Soldaten erwartet, in Militärfahrzeuge verfrachtet und in Gewahrsam genommen. 13 von ihnen wurden im Anschluss verhaftet.

Wie die StudentInnen mitteilen, waren sie während der viertägigen Gewahrsamsdauer der Folter durch das Militär ausgesetzt.

Des weiteren wurden bei Wohnungsrazzien in den Istanbuler Stadtteilen Bagcilar, Esenler und Kadiköy knapp 30 HADEP-Mitglieder ohne Angabe von Gründen festgenommen. Bei den Festgenommenen handelt es sich ausnahmslos um Personen, die zuvor Anträge auf Bildung in der Muttersprache bei der Nationalen Erziehungsbehörde in Istanbul eingereicht hatten.

In Hattay sind 7 StudentInnen der Mustafa-Kemal-Universität verhaftet und ins E-Typ-Gefängnis Antakya überstellt worden, weil sie die Kampagne zur Muttersprache unterstützt haben. Aus demselben Grund wurden in Kagizman bei Kars drei StudentInnen der Berufshochschule verhaftet.

Das Recht auf Muttersprache und muttersprachlichen Unterricht ist ein großes Menschenrecht. Gegen den türkischen Staat, der auf diese demokratische Forderung mit Verboten, Verhaftungen und Folter reagiert, muss eine deutliche Haltung eingenommen werden.



Kurdistan-Kundgebung in Bochum

Foto: IFV

tische Vertretung des kurdischen Volkes darstellt, zu verbieten, auf der anderen Seite werden die Angriffe auf legale und demokratische Formen des Widerstands der Kurden fortgesetzt.

Jüngstes Beispiel dafür war die Festnahme von 526 StudentInnen der 100. Yil Universität in Van am 9. Januar 2002, nachdem sie Anträge auf Kur-

Salman Uzungelis

(Internationaler Freundschaftsvereins IFV)

KAMPAGNE FÜR KURDISCHEN MUTTERSPRACHLICHEN UNTERRICHT IN DER TÜRKEI

**Sehr geehrter Herr Staatspräsident Sezer,
Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Ecevit,
Sehr geehrter Herr Parlamentspräsident Izgi,
mit großer Sorge beobachten wir die Entwicklungen seit Beginn der Kampagne von Studenten,
Schülern und deren Eltern, die die Einführung des kurdischen muttersprachlichen Unterrichts als
Wahlfach fordert.**

Sie, die höchsten Repräsentanten der türkischen Regierung, haben dieser Forderung mit schweren repres-
siven Maßnahmen geantwortet. Die Anträge wurden nicht entgegengenommen und die Antragstellenden
wurden zu Separatisten erklärt. Sie wurden von den Universitäten verwiesen, verprügelt, festgenommen
und verhaftet. Mittlerweile hat die Kampagne das ganze Land erfasst und erfährt große Unterstützung.

Die Forderung nach Unterricht in der Muttersprache ist ein linguistisches Menschenrecht. In der Türkei
leben mehr als 20 Millionen Menschen kurdischer Abstammung, deren Muttersprache Kurdisch ist. Das
kurdische Volk hat den seit Jahrzehnten andauernden Repressionen gegen die kurdische Identität getrotzt
und fordert heute erneut ihr legitimes Recht. Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten zur Genüge er-
fahren, dass Repressionen Konflikte nicht lösen, sondern sie weiter anheizen.

Aus diesem Grund hat die EU der Türkei mehrere Bedingungen gestellt, die erfüllt werden müssen, be-
vor Beitrittsverhandlungen überhaupt aufgenommen werden. Eine der so genannten mittelfristig zu erfül-
lenden Bedingungen ist die Erteilung von muttersprachlichem Unterricht in Kurdisch.

Repressionen sind der falsche Weg. Hören Sie auf die Stimmen der Intellektuellen, Menschenrechtler
und zivilgesellschaftlichen Organisationen in Ihrem Land. Im Zuge der Demokratisierung Ihres Landes
ist es unumgänglich, den Kurden das Recht zu gewähren, Ihre Sprache, Kultur und Identität zu leben, zu
pflegen, zu entwickeln.

Deswegen fordern wir von Ihnen:

Nutzen Sie diese Kampagne als eine Chance für eine öffentliche friedliche Diskussion

Nehmen Sie die Anträge der Studenten entgegen

Lassen Sie die festgenommenen und verhafteten Studenten wieder frei. Heben Sie die Urteile der Diszi-
plinarkommission auf und nehmen Sie die Studierenden wieder an den Universitäten auf

Ändern Sie die Gesetze, die die Forderung nach kurdischem muttersprachlichem Unterricht unter Strafe
stellen

Erlassen Sie Gesetze, die kurdischen muttersprachlichen Unterricht zulassen.

Wir fordern Sie eindringlich zu einer Wende in Ihrer Politik gegenüber dem kurdischen Menschenrecht
auf. Nur durch die Garantie und den Schutz von Grundrechten kann ein solides Fundament für ein fried-
liches Zusammenleben gelegt werden.

Köln, den 9. März 2002

Mehmet Emin Bozarslan (Linguist und Literaturwissenschaftler, Schweden), **Viktor Böll**
(Literaturwissenschaftler und Leiter des Heinrich-Böll-Archivs, Deutschland), Prof. Dr. **Martin van
Bruinessen** (Autor und Historiker, Dozent an der Abteilung für Sprachen und Kulturen des Orient an der
Universität Utrecht, Niederlande), **Danielle Mitterand** (Vorsitzende der Stiftung FrancE LibertE, Frank-
reich), **Sivan Perwer** (Künstler und Musiker, Schweden), Dr. phil. **Tove Skutnabb-Kangas** (Linguistin
und Dozentin an der Universität von Roskilde, Dänemark), **Fettah Timar** (Kurdischlehrer, KOMKAR-
Bundesvorsitzender, Deutschland)

Kontakt: KOMKAR e.V., komkar@t-online.de, Tel.: 02203-935172, Fax: 02203-31126

„ASKERE GITME !“

„Geh nicht zur Armee !“

Im August 1997 hat eine fast ausschließlich kurdische Gruppe in den Niederlanden „Askere Gitme !“ gegründet. Nach einer Anti-Kriegsversammlung, in der ein türkischer Kriegsdienstverweigerer, Aziz Kosgin, die TeilnehmerInnen informierte, haben sich einige kurdische Kriegsdienstverweigerer mit der Bitte um Unterstützung im Aufbau einer Organisation an niederländische AntimilitaristInnen gewandt. Sie gründeten die Gruppe in Den Haag, wo eine große kurdische Gemeinschaft von hauptsächlich unqualifizierten ArbeiterInnen lebt, die z.Zt. keinen legalen Status haben. Askere Gitme ! erhebt zwei Forderungen: das Recht auf KDV in der Türkei und politisches Asyl für KDVer in den Niederlanden.

Antimilitarismus unter

Einwanderern aus der Türkei

Seit fast 40 Jahren kommen türkische StaatsbürgerInnen in die Niederlande, um zu arbeiten und zu leben. Die erste Gruppe von ArbeiterInnen kam Mitte der 60er Jahre mit einem einzigen Ziel: zu arbeiten. Doch in den 70ern und hauptsächlich während der 80er kamen viele politische AktivistInnen, um der harten Repression des türkischen Staates zu entgehen.

Sie opponierten gegen den militaristischen türkischen Staat, ohne ihre Kritik je spezifisch gegen das Militär zu richten. Ebenso wenig kritisierten sie den Konter-Militarismus der Linken. Aktionen der massiven Verweigerung der Zusammenarbeit, wie z.B. KDV, waren kein Thema für sie. Ende der 80er Jahre und besonders während der 90er stellte sich heraus, dass die in den 60ern eingewanderten TürkinInnen gar keine TürkinInnen, sondern KurdInnen waren. Unter den politischen MigrantInnen bildete sich ebenfalls ein starkes kurdisch-nationalistisches Selbstverständnis. Diese Pro-PKK - Einstellung war als solche nicht antimilitaristisch. Diese AktivistInnen kritisierten den (Militarismus des) türkischen Staat(es), aber ver-

suchten nicht, eine wirklich antimilitaristische Perspektive für sich selbst zu eröffnen. KDV war für sie zu individualistisch oder nach geläufigem Code de Lenin ausgedrückt, kleinbürgerlich.

Doch Realität war, dass Hunderttausende von hauptsächlich kurdischen Wehrpflichtigen vor dem türkischen Militär flüchteten. Manche traten in die PKK-Armee ein, andere suchten nach allen nur erdenklichen Fluchtmöglichkeiten innerhalb der Türkei und wieder andere flüchteten ins Ausland. Sie kümmerten sich nicht um leninistische Feinheiten, sondern mussten ihren eigenen politischen Weg beschreiten.

Unterschriften

In dieser politischen Umgebung versuchte Askere Gitme ! in den Niederlanden einen Anfang zu machen. Askere Gitme ! präsentierte sich der Öffentlichkeit zuerst mit einer Petition, die ihre beiden Forderungen beinhaltete. Unterschriftenlisten wurden in allen möglichen Friedenszeitungen abgedruckt und Leute wurden auf Marktplätzen in Den Haag um eine Unterschrift gebeten..

In Kürze waren 2000 Unterschriften gesammelt und wurden der Türkischen Botschaft und

dem Niederländischen Parlament übergeben. Die Zahl der Unterschriften war nicht riesig, doch ausreichend, um zu belegen, dass innerhalb der kurdischen Bevölkerung und der niederländischen Friedensbewegung eine bestimmte Unterstützungsbasis gegeben war.

Die Türkische Botschaft weigerte sich (natürlich), die Petition entgegenzunehmen. Eine große Zahl von Polizisten wurde mobilisiert und eine Kamera der Botschaft filmte jede unserer Bewegungen am 15. Mai 1998, als Askere Gitme ! ihre Erklärung vor der Botschaft verlas.

Beweise, dass Du Kurde bist

Zur selben Zeit fand in den Haag ein wichtiger Prozess von sechs kurdischen KDVer statt. Sie unterstrichen, dass sie Kurden seien und nicht gewillt, der türkischen Armee beizutreten. Manche nicht, weil sie gar keiner Armee beitreten wollen, andere wegen den Gräueltaten an der kurdischen Bevölkerung, zu denen türkische Soldaten gezwungen wurden.

Da die Verteidigung des niederländischen Staates zu dem Zeitpunkt nicht sehr viel mehr war als die Übersetzung der offiziellen türkischen Aussagen, war es

„DIE GUTEN INS TÖPFCHEN, DIE SCHLECHTEN INS KRÖPFCHEN“ ?

Zu den Beratungen über ein Zuwanderungsgesetz

Ulla Jelpke

Bei der Betrachtung der gegenwärtigen Debatte über die Einwanderung nach Deutschland kommt einem unwillkürlich das Märchen vom Aschenputtel in den Sinn: Wie die Tauben die guten Linsen von den schlechten trennen sollen, so sollen auch die EinwanderInnen säuberlich in „Nützliche“ und „Unnützliche“ unterschieden werden.

Ein kleiner Fortschritt ist in der Diskussion erreicht worden. Dass Einwanderung nach Deutschland stattfindet, bestreitet niemand mehr. Angesichts der Zahlen wäre dies auch unsinnig: So sind nach Angaben der Bundesregierung von Januar bis September 2000 insgesamt 624 293 Menschen eingewandert, darunter 480 580 AusländerInnen (= 77 %). Dem stand ein Fortzug von 502 100 Menschen (darunter 419 882 AusländerInnen = 83,6 %) gegenüber, so dass sich ein positiver Wanderungssaldo von 122 193 Menschen ergibt, darunter 60 698 AusländerInnen. (1)

Jahrzehntelang hatten sich Regierung und Parlament geweigert, diese Realität anzuerkennen. Es wurde ein System ausländer- und asylrechtlicher Regelungen geschaffen, das in erster Linie auf Ausgrenzung und Abwehr alles Fremden zielt. Betroffen sind sowohl Flüchtlinge als auch Arbeitsmigrantinnen und -migranten. Insgesamt sind rund zehn Millionen Menschen ohne deutschen Pass diskriminiert und ausgegrenzt.

Neben dem stark eingeschränkten Asylrecht gibt es kaum legale Möglichkeiten zur Einwanderung mit der Perspektive eines längeren Aufenthalts. Die rigide Einwanderungsverhinderungspraxis der letzten Jahrzehnte hat viele Einwanderungswillige in die Illegalität getrieben, wo sie zu Zielen skrupelloser Ausbeutungsstrategien werden.

Worum geht es in der aktuellen Debatte ?

Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Globalisierung des Arbeitsmarktes haben die Wirtschaftsverbände die Einwanderungsdebatte durch ihre Forderung an die Bundesregierung entfacht, den Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmende zu lockern und gezielte Anwerbungen zu ermöglichen. Die spätere Diskussion folgte zwei Leitlinien:

- * dem „neuen“ Leitbild von jungen hochqualifizierten arbeitsmarktpolitischen Lückenbüsserinnen und Lückenbüssern, die die deutsche Wirtschaft im globalen Wettbewerb in der Spitzengruppe halten sollen.
- * der alten Vorstellung vom „gefährlichen Ausländer“ als Problem der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, die insbesondere auf Menschen Anwendung findet, die hier um Schutz und Aufnahme bitten. Das wird besonders deutlich in der aktuellen Debatte um die Terrorismusbekämpfung, in der Ausländer- und Asylrechtsverschärfungen vorgenommen werden, die in der Sache überhaupt keine Bezug zum Terrorismus aufweisen.

In der Diskussion geht es nun vor allem darum, *wer* und *wie viele* nach Deutschland kommen sollen und dürfen. Doch die Mate-

rie ist kompliziert. Alle im Bundestag vertretenen Parteien haben inzwischen Gesetzentwürfe oder Anträge zur Einwanderung vorgelegt. Da geht es um Arbeitsmigration, um die Rechtsstellung von EU-BürgerInnen, Integration von EinwanderInnen, Familiennachzug, Behandlung von Flüchtlingen und so weiter.

Alleine der von Schily formulierte Regierungsentwurf für ein Zuwanderungsgesetz (2) umfasst schon fünfzehn Artikel mit zahlreichen neuen Vorschriften. So soll ein neues Aufenthaltsgesetz das bisherige Ausländergesetz ablösen und auch Fragen der Arbeitsgenehmigung neu regeln. Ein neu formuliertes Freizügigkeitsgesetz wird die Rechte der EU-Staatsangehörigen festlegen. In den weiteren Artikeln sind umfangreiche Änderungen des

Asylverfahrensgesetzes, des Ausländerzentralregistergesetzes, sozial- und leistungsrechtlicher Gesetze sowie anderer Vorschriften enthalten.

Kernstück des Gesetzentwurfs sind die Regelungen über die Einwanderung von Menschen, die für die deutsche Wirtschaft „nützlich“ sind: Menschen sollen eine befristete Aufenthaltserlaubnis bekommen, wenn sie zur Behebung von Engpässen auf dem Arbeitsmarkt notwendig sind. Andersherum: Wenn man sie nicht mehr braucht, sollen sie wieder gehen. Da feiert die Gastarbeiterpolitik der „alten“ Bundesrepublik der sechziger und siebziger Jahre fröhliche Urständ.

Hochqualifizierte IT-TechnikerInnen und ähnliche Personen sollen sofort eine unbefristete Niederlassungserlaubnis erhalten, wenn ein Arbeitsplatzangebot vorliegt. Außerdem können potentielle EinwanderInnen an einem Auswahlverfahren teilnehmen: Dieses dient dem „wirtschaftlichen Interesse“ der Bundesrepublik und soll qualifizierte Erwerbstätige anwerben, „von denen ein Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung und die Integration in die Lebensverhältnisse“ der BRD zu erwarten ist. Die Auswahl erfolgt nach einem Punktesystem, das Alter, Qualifikation, Fa-

milienstand, Sprachkenntnisse, das Herkunftsland und Beziehungen zur Bundesrepublik berücksichtigt. Bevorzugt werden BewerberInnen aus den EU-Beitrittskandidatenstaaten. Die genaue Ausgestaltung des Auswahlverfahrens soll die Bundesregierung ohne parlamentarische Beteiligung vornehmen.

Die Kritik am Regierungsentwurf

Schaut man sich den Regierungsentwurf etwas näher an, werden die Dissenspunkte zwischen Regierungskoalition und engagierter Zivilgesellschaft schnell klar: Otto Schily will Ausländer nach „Nützlichkeit“ sortieren und zum Spielball wirtschaftlicher und staatlicher Interessen machen. Die engagierte Zivilgesellschaft setzt dagegen auf Menschenrechte und Grundfreiheiten.

Nun könnte man einwenden, dass im Gesetz doch einige Fortschritte enthalten seien: Immerhin bekommen Opfer von nichtsstaatlicher und geschlechtspezifischer Verfolgung nun den Flüchtlingsstatus. Und der Bundesbeauftragte für Asylangelegenheiten, der in den letzten Jahren immer nur gegen Flüchtlingsanerkennungen Rechtsmittel einlegte, wird abgeschafft.

Unterm Strich fällt die Bilanz jedoch äußerst negativ aus. Denn den wenigen kleinen Fortschritten stehen massive Verschlechterungen gegenüber:

- * Noch mehr Menschen werden durch die neuen Vorschriften in die „Illegalität“ abgedrängt.
- * Noch mehr Menschen werden der sozialen Ausgrenzung in Gestalt des Asylbewerberleistungsgesetzes unterworfen.
- * Abschiebungshaft wird nicht abgeschafft und auch nicht verkürzt, sondern durch „Ausreisezentren“ erweitert.
- * Spätestens nach drei Jahren wird eine Flüchtlingsanerkennung daraufhin überprüft, ob die Gründe noch vorlie-

gen. Das heißt: Bis dahin wissen selbst anerkannte Flüchtlinge nicht, ob sie auf Dauer in Deutschland bleiben dürfen. Diese Verlängerung der Unsicherheit, der Angst für die Betroffenen ist unhaltbar !

- * Residenzpflicht und andere Schikanen werden erweitert.
- * Beim Kindernachzug wird unterschieden zwischen Kindern von anerkannten politischen Flüchtlingen, „Hochqualifizierten“ und nach dem Auswahlverfahren Zugewanderten. Diese dürfen ihre Kinder bis zum Erreichen der Volljährigkeit nachholen. Für alle anderen gilt eine Höchstaltersgrenze von zwölf Jahren (bisher waren es sechzehn Jahre !), es sei denn, sie wandern gemeinsam mit ihren Eltern ein oder verfügen über umfassende Deutschkenntnisse.
- * Es gibt keine Änderungen zu Gunsten unbegleiteter Minderjähriger, spätestens ab sechzehn Jahren werden Jugendliche durch das Asylverfahren geschleust, in Abschiebehaft genommen und abgeschoben.
- * es gibt keine Härtefallregelung. Ausnahme ist eine zynische Klausel, dass jemand aus humanitären Gründen einen Aufenthaltstitel bekommen kann, wenn eine internationale Organisation, zum Beispiel eine Kirche, für ihren Lebensunterhalt aufkommt. Der Staat wälzt damit seine Verantwortung für den Flüchtlingsschutz auf Privatleute ab.

Außerdem sind zahlreiche Elemente aus dem Terrorismusbekämpfungspaket in das neue Aufenthaltsgesetz übernommen worden. So sollen MigrantInnen Aufenthaltstitel, auf die sie einen Anspruch hätten, verweigert werden, wenn der Verdacht besteht, dass sie eine Vereinigung unterstützen, die den internationalen Terrorismus unterstützt. Was dieses doppelte „Unterstützen“ für Folgen haben

kann, weiß jetzt noch kein Mensch. Fachleute fürchten, dass zum Beispiel MenschenrechtlerInnen auch hierunter fallen können, wenn sie sich zugunsten von besseren Haftbedingungen für „Terroristen“ einsetzen. Bei Anträgen auf Visa werden die Daten der Betroffenen wie auch deutscher Freunde und Bekannter an die Geheimdienste zur Überprüfung weiter geleitet.



Aus: enough is enough

Ein linkes Gegenkonzept

Eine linke Partei kann dem nicht zustimmen. Wer es ernst meint mit Menschenrechten, kann sich von diesem Gesetzentwurf nur mit Grausen abwenden.

Die PDS hat demgegenüber eigene Vorstellungen für eine explizit menschenrechtlich orientierte Einwanderungspolitik formuliert. (3) Diese sind innerparteilich nicht in allen Einzelheiten unumstritten. Jedoch lassen sich zumindest einige Konsenspunkte innerhalb der PDS und großen Teilen der Linken festmachen:

Es wäre kurzfristig, Einwanderung nur unter Nützlichkeitsgesichtspunkten regeln zu wollen. Erforderlich ist vielmehr eine neue Politik mit einem menschenrechtlichen Leitbild: Das individuelle Interesse der Menschen an Einwanderung in die Bundesrepublik Deutschland muss im Mittelpunkt stehen.

Ausgangspunkt darf nicht die Frage sein: Wer nützt wem wie am besten und wen brauchen wir deshalb ?, sondern vielmehr das

Ziel, für einwanderungswillige Menschen die Einwanderung und Niederlassung möglich zu machen – und zwar mit der Perspektive, dass die Einwandernden ihre Existenz in Würde eigenständig sichern können unter den Bedingungen von sozialer Gerechtigkeit und Gleichberechtigung.

Der Schutz für Menschen in Not bleibt dabei unabdingbar.

Einwanderung darf nicht dazu missbraucht werden, dass sich Unternehmen ihrer Sozialpflichten entledigen und die Deregulierung des Arbeitsmarktes forciert wird. Insbesondere stehen die Unternehmen im dualen Ausbildungssystem in der Pflicht, durch Ausbildung für den Fachkräftenachwuchs zu sorgen. Von dieser Pflicht werden sie auch durch die Einwanderung „qualifizierter“ Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nicht entbunden.

Wer nicht ausbildet, muss zahlen !

Integration bedeutet nicht „Assimilation“, sondern ist ein zweiseitiger Prozess, der bereits hier lebende und einwandernde Menschen gleichermaßen fordert.

Voraussetzung für einen erfolgreichen Integrationsprozess ist, dass Migrantinnen und Migranten die gleichen politischen Rechte wie deutsche Staatsangehörige erhalten und verschiedene Lebensstile und Kulturen in der Gesellschaft als gleichwertig akzeptiert werden. Die deutsche Mehrheitsgesellschaft muss deshalb endgültig Abschied nehmen von der Fiktion eines homogenen Staatsvolks und einem völkischen Staatsverständnis, in dem nur die „Abstammungsdeutschen“ definieren, was „deutsche Kultur“, was akzeptierter Lebensstil ist, und in dem abweichende Verhaltensweisen und Kulturen als Bedrohung empfunden werden. Wir brauchen die Interkulturalität der Kulturen oder andersherum: die Anerkennung der Kulturen als gleichwertig und gleichberechtigt.

Eine Verwirklichung dieser Grundsätze erfordert die Ablösung des geltenden Ausländer- und Asylrechtssystems durch ein neues Flüchtlings-, Einwanderungs-, Niederlas-

sungs- und Antidiskriminierungsrecht. Einschlägige internationale Konventionen müssen unterzeichnet oder vorbehaltlos ratifiziert werden. Auch die deutsche EU-Politik hat sich an diesen Leitlinien auszurichten.

Gleichzeitig ist die Annäherung an das internationale Recht voranzutreiben. Das bedeutet insbesondere:

- * jene von Deutschland nicht unterzeichneten oder ratifizierten internationalen Abkommen zu unterzeichnen beziehungsweise zu ratifizieren, die zu einer Verbesserung der Rechtsstellung von Flüchtlingen oder anderen Migrantinnen und Migranten führen. Dazu zählen etwa die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen vom 18.12.1990 und das Europäische Abkommen über die Rechtsstellung der Wanderarbeiter vom 24.11.1977.
- * die zur Konvention über die Rechte der Kinder eingelegten Vorbehalte zurückzunehmen.

Schutz für Menschen in Not

Diese Vorstellungen haben vor allem entscheidende Konsequenzen für die Flüchtlingspolitik. Sie muss darauf ausgerichtet werden, Menschen in Not Schutz zu bieten.

Menschen sind in Not, wenn sie im Fall ihrer Rückkehr in das Herkunftsland um Gesundheit, Leben und Freiheit fürchten müssen, sofern sie nicht vor einer nach rechtsstaatlichen Prinzipien durchgeführten Strafverfolgung geflohen sind. Deshalb brauchen sie hier Schutz und Aufnahme.

Das Grundrecht auf Asyl muss erhalten bleiben und gestärkt werden. Der Begriff des politisch Verfolgten ist auf Opfer nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung sowie anderer Formen von Menschenrechtsverletzungen auszuweiten. Ebenso muss die Verfolgung auf Grund der geschlechtlichen

oder sexuellen Orientierung als asylbegründend anerkannt werden. Auch Kriegsdienstverweigerer müssen endlich als politisch Verfolgte anerkannt werden, wenn sie wegen der Kriegsdienstverweigerung oder der Desertion mit Bestrafung rechnen müssen.

Die strikte Drittstaatenregelung im bisherigen Recht ist entweder ersatzlos abzuschaffen oder zumindest durch eine Übernahme von Vorschlägen der Europäischen Kommission zu ersetzen, nach denen die Drittstaatenvorschrift in Form einer im Einzelfall widerlegbaren Regelvermutung gestaltet werden soll.

Erforderlich sind außerdem die Abschaffung der mit den Prinzipien eines menschenrechtlich orientierten Flüchtlingsschutzes nicht zu vereinbarenden Vorschriften: des Asylbewerberleistungsgesetzes, der Residenzpflicht, der Abschiebehaft und der sogenannten Flughafenregelung und anderer.

Legalisierung des „illegalen Aufenthalts“

Ein tragisches Kapitel der bisherigen Migrationspolitik ist das Schicksal der Menschen ohne Aufenthaltsstatus in Deutschland. Die Schätzungen über die Gesamtzahl dieser Menschen variieren stark. Einig sind jedoch alle Beobachter darin, dass ihre Lebensumstände menschenrechtlichen Mindeststandards nicht entsprechen. Sie können beispielsweise keine medizinische Versorgung oder die Leistungen von Bildungseinrichtungen in Anspruch nehmen aus Angst, damit in das Blickfeld der Ausländerbehörden zu geraten und abgeschoben zu werden. In dieser bedrängten Lage sind die Menschen besonders leichte Opfer skrupelloser Ausbeuter und Geschäftemacher.

Für alle sich tatsächlich in Deutschland aufhaltenden Menschen muss deshalb in einer menschenrechtlich orientierten Einwanderungspolitik die Verwirklichung der Menschen- und Grundrechte gewährleistet sein. Insbesondere ist vorzusehen:

Legalisierung des Aufenthalts von MigrantInnen ohne Papiere

Alle Migrantinnen und Migranten, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens eines neuen Zuwanderungsgesetzes in der Bundesrepublik Deutschland leben, müssen auf Einzelantrag hin mit einem Aufenthaltstitel ausgestattet werden.

Auf Antrag muss außerdem der Aufenthalt der Opfer von Gewaltverbrechen, von „Schlepperbanden“ und von Zwangsprostitution sofort – ohne Wartezeit – legalisiert werden; dasselbe gilt für den Aufenthalt von Kindern.

Das Gesetz muss den Verzicht auf eine langwierige Einzelfallprüfung im Rahmen der Legalisierung vorsehen. Wer einem der oben genannten Kriterien genügt, muss automatisch das Recht auf einen Status erhalten. Das eigentliche Antragsverfahren dient damit nicht mehr dem Erwerb des Rechtsstatus, sondern nur noch dessen formaler Festschreibung, so dass auch Menschen, die diese Festschreibung noch nicht vollzogen haben, bereits als „legal“ zu gelten haben.

Die ausreichende, mehrsprachige Ankündigung der Programme bei gleichzeitiger Bereitstellung von ausführlicher dezentraler Beratung in notwendigem Umfang muss gewährleistet sein.

Abschaffung der Abschiebehaft

Ein Aufenthalt in Deutschland – mit oder ohne Papiere – darf weder Straftat noch Haftgrund sein.

Statusunabhängige Rechte für MigrantInnen

Das Gesetz muss allen MigrantInnen den Zugang zum Arbeitsmarkt ohne Durchführung einer Bedarfsprüfung ermöglichen und auch das Recht auf selbstständige Arbeit vorsehen. Der Zugang zu medizinischer Regelversorgung muss in vollem Umfang mit speziellem Rechtsanspruch auf Bereitstellung eines The-

rapieplatzes für traumatisierte Gewaltopfer gesichert werden.

Das Recht auf Bildung muss gewährleistet sein.

Allen Migrantinnen und Migranten muss die Aufnahme in Sozialversicherungssysteme und der Anspruch auf den Bezug von Sozialleistungen in vollem Umfang offen stehen.

Das recht auf freie Wahl des Aufenthaltsortes muss gewährleistet sein, ebenso das Recht Auf Familienzusammenführung.

Das Gesetz muss außerdem die Abschaffung sämtlicher diskriminierender Sondergesetze und -normen, die verpflichtende Bereitstellung von Integrationshilfen für alle Migrantinnen und Migranten, die Gewährleistung des Rechts auf gesetzlichen Schutz vor Diskriminierung mit Einrichtung entsprechender dezentraler Beratungs- und Beschwerdestellen sowie die Gewährleistung der Rechte, die

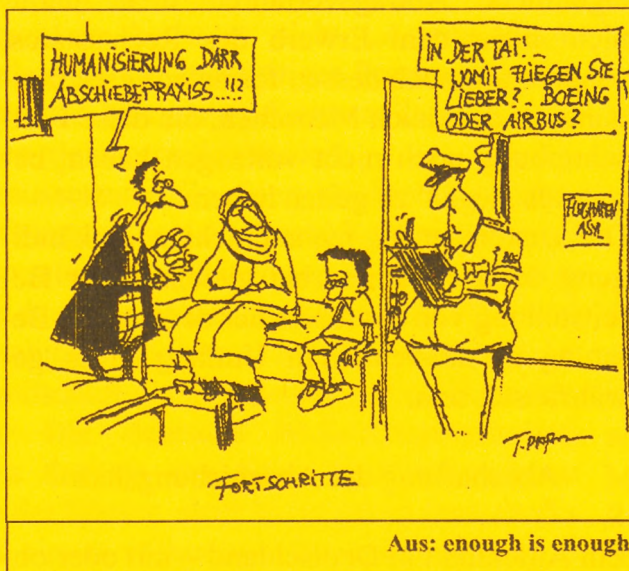
hörden übermitteln müssen. Hierzu zählen vor allem SozialarbeiterInnen, RichterInnen, ÄrztInnen, MitarbeiterInnen der Krankenhäuser sowie solche Stellen der Polizei, an die sich „Illegale“ wenden können, um Schutz vor Verbrechen (Z.B. Ausbeutung oder Menschenhandel) zu erlangen.

Dasselbe gilt für SchulleiterInnen und LehrerInnen, an die sich „Illegalisierte“ zur Wahrnehmung ihres Rechts auf Bildung wenden. Beratungs- und Hilfsorganisationen sowie Personen, die mit humanitären Notlagen „Illegalisierter“ konfrontiert werden und nach Abhilfe suchen beziehungsweise „Illegalisierte“ bei der Wahrnehmung ihrer Rechte unterstützen, sollen ausdrücklich vom Straftatbestand der Beihilfe zum unerlaubten Aufenthalt (gegenwärtig § 92a AuslG) ausgenommen werden.

Mehr Rechte für WanderarbeiterInnen

Im Dezember 1990 hat die UN-Generalversammlung die Internationale Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen verabschiedet (Resolution 45/158). Die Bundesregierung weigert sich seitdem beharrlich, dieses Abkommen zu unterzeichnen. Für die Durchsetzung der Konvention im deutschen Ausländerrecht wären nämlich wesentliche Reformen nötig. In der Konvention werden die ausländischen ArbeitnehmerInnen als Menschen betrachtet, deren persönliche Umstände berücksichtigt werden müssen, während sie im deutschen Ausländerrecht weitgehend nur wegen ihrer wirtschaftlichen Nützlichkeit geduldet werden.

Vor allem die Anerkennung der Menschenrechte aller WanderarbeiterInnen, einschließlich der „illegal“ in Deutschland lebenden AusländerInnen, findet im geltenden deutschen Ausländerrecht kaum Platz. Die Bundesregierung will zwar nicht öffentlich behaupten, dass WanderarbeiterInnen, die gegen das Ausländerrecht verstoßen, keinen



Aus: enough is enough

sich aus der UNO-Konvention zum Schutz der Rechte aller Wanderarbeiter und ihrer Familienangehörigen vom 18. Dezember 1990 ergeben, sicherstellen.

Regelungen für Hilfsorganisationen und Personen, an die sich „Illegalisierte“ wenden

Personen und Stellen, an die sich „Illegalisierte“ zur Behebung ihrer Notlagen wenden, sollen keine Daten an Ausländerbe-

Anspruch auf die Gewährung ihrer Menschenrechte haben. Sie fürchtet aber, dass diese deutliche und weitgehende Anerkennung ihrer Menschenrechte ihnen mehr Schutz bieten würde als amtlich erwünscht und zur Folge haben würde, die illegale Wanderung zu fördern. (4)

In Art.83 der Konvention steht, dass jeder, der „in seinen in der Konvention anerkannten Rechten verletzt worden ist, das Recht hat, eine wirksame Beschwerde einzulegen“. In Deutschland verzichten aber „illegale“ Arbeiter, die Opfer von Ausbeutung und Drohungen ihrer Arbeitgeber sind, darauf, sich zu beschweren, aus Angst vor Abschiebung. Sie haben zu geringe Kenntnisse der Sprache oder zu wenig Wissen um ihrer Rechte, um sich zu beklagen. Nach Angaben des polnischen Sozialrates e.V. (5) ergibt sich manchmal ein Zusammenspiel von Schwarzarbeitgebern und offiziellen Kontrolleuren. Kurz vor Zahltag wird anonym die Polizei verständigt. Bei der Kontrolle werden dann die „sans papiers“ aufgegriffen und abgeschoben. Arbeitsamt oder Zoll dürfen sich nicht für die zivilrechtlichen Lohnansprüche der Arbeitnehmer gegen ihre Firma einsetzen. Stattdessen beschlagnahmen Zoll oder Polizei sogar die Lohngehälter der „sans papiers“, die zudem noch ihre Abschiebung selbst bezahlen müssen. Dagegen werden Schwarzarbeitgeber kaum beunruhigt: 1995 überstellte die Berliner Polizei 5909 Strafverfahren wegen illegaler Beschäftigung an die zuständige Staatsanwaltschaft. Nur 10 % dieser Verfahren wurde von der zuständigen Staatsanwaltschaft bearbeitet und nur in 12 Fällen kam es zu einer Anklageerhebung gegen die Arbeitgeber.

Art. 30 der Wanderarbeiterkonvention statuiert auch das Recht auf Bildung für alle Kinder, unabhängig von dem Status ihrer Eltern. In Deutschland dürfen aber „illegale“ Ausländer de facto keine Schule besuchen, da die Lehrer den zuständigen Behörden Schüler ohne Aufenthaltsstatus melden müssen. Ebenso darf das Recht auf ärztliche Versor-

gung, die „für die Erhaltung ihres Lebens oder die Vermeidung einer nicht wiedergutmachenden Schädigung ihrer Gesundheit dringend erforderlich ist, nicht aufgrund einer etwaigen Irregularität in Bezug auf den Aufenthalt oder Beschäftigung verweigert werden“. (Art. 28). Die deutsche Realität sieht anders aus.

Die Frage nach dem Kostenträger einer Ausweisung wird ebenfalls unterschiedlich beantwortet. In Art. 22 Abs. 8 der UN-Konvention ist vorgesehen, dass im Falle der Ausweisung eines Wanderarbeiters oder eines seiner Familienangehörigen der Betroffene die Ausweisungskosten nicht zu tragen hat. Es kann jedoch von dem Betroffenen verlangt werden, dass er seine Reisekosten bezahlt. Dagegen steht in § 82 AuslG: „Kosten, die durch die Abschiebung, Zurück-schiebung oder Zurückweisung entstehen, hat der Ausländer zu tragen.“ In mehreren Fällen wurden Ausländer abgeschoben und kehrten später nach Deutschland zurück, wo sie – etwas auf Grund eines neuen Asylantrages oder wegen einer Eheschließung – ein Bleiberecht erhielten. Sie werden dann jedoch – in einem Fall etwa fünf Jahre nach der Abschiebung – mit Leistungsbescheiden über die Abschiebungskosten überzogen, und von ihnen wird die Zahlung zum Teil von fünfstelligen DM-Beträgen verlangt. Besonders teuer werden Abschiebungen durch die Begleitung von Beamten des Bundesgrenzschutzes (BGS). (6)

Die Übernahme der UN-Konvention zum Schutze der Wanderarbeiter in das deutsche Recht würde nicht alle Probleme von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland lösen. Aber sie wäre ein wesentlicher Schritt hin zu einer Verstärkung ihrer Rechtsposition und zur politischen wie juristischen Gleichstellung.

Konsequenzen für das Verhalten der PDS

Den oben dargestellten Eckdaten für eine menschenrechtliche Einwanderungspolitik

entspricht der von der Bundesregierung vorgelegte Gesetzentwurf in keiner Weise. Im Gegenteil enthält er zahlreiche Verschlechterungen der Lage für viele Betroffene.

SPD und Bündnis 90/Die Grünen können den Gesetzentwurf nicht alleine über die parlamentarischen Hürden bringen. Im Bundesrat verfügen sie über keine eigene Mehrheit. Deshalb laufen zur Zeit heftige Verhandlungen mit dem Ziel, mindestens das von SPD und CDU regierte Brandenburg „ins Boot zu holen“. Damit, so glaubte man lange Zeit im Regierungslager, sei die Mehrheit auch in der Länderkammer zu sichern. Erst vor kurzem ist man sich des Umstandes bewusst geworden, dass in Mecklenburg-Vorpommern noch eine weitere Partei in der Regierung sitzt. Stimmt die PDS dem Gesetzentwurf nicht zu, enthalten sich die beiden Länder der Stimme und die Mehrheit ist perdu.

Die krasse negative Bilanz, die ich oben gezogen habe, kann meines Erachtens nur dazu führen, dass die PDS den Regierungsentwurf in Bundesrat und Bundestag ablehnen muss. Mit der Entschließung der Union für Edmund Stoiber als Kanzlerkandidaten ist auch vorprogrammiert, dass die Einwanderung zum Thema eines extrem polarisierten Wahlkampfes wird. Hier müssen Linke, hier müssen Menschen- und Bürgerrechtler massiv dagegenhalten. Kompromisse wird es mit dieser CDU/CSU allenfalls auf Kosten der betroffenen geben. Daran können wir uns nicht beteiligen.

Anmerkungen:

- (1) Migrationsbericht der Ausländerbeauftragten im Auftrag der Bundesregierung, Berlin, o.D. (November 2001), S. 6, Tabelle 1.
- (2) Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Entwurf eines Gesetzes zur Steuerung und Begrenzung der Zu-

wanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz), Bundesdrucksache 14/7387. Gleichlautend der Gesetzentwurf der Bundesregierung auf Bundesdrucksache 14/7987.

- (3) Siehe Antrag der Fraktion der PDS: Einwanderung und Flüchtlingsschutz menschenrechtlich gestalten. Bundesdrucksache 14/7810, 12.12.2001.
- (4) So antwortete die Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Inneren, Dr. Cornelia Sonntag-Wolgast, auf eine Anfrage von mir: *„Die Position der Wanderarbeiter in ungesetzlicher Situation wird nach Auffassung der Bundesregierung in dem Übereinkommen in einer Weise geschützt, die weit über das unbestrittene Erfordernis hinausgeht, ihnen grundlegende Menschenrechte nicht zu verweigern, und die daher möglicherweise den Anreiz verstärken kann, ohne Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis im Ausland einer Beschäftigung nachzugehen.“* (Schreiben vom 30.6.2000)
- (5) „Vorwärts, und nicht vergessen, Zur Situation der neuen WanderarbeiterInnen, in: analyse & kritik Nr. 413 vom 9. April 1998, S. 6f.
- (6) Siehe die von mir gestellte Kleine Anfrage in Bundestagsdrucksache 14/5870.

Ulla Jelpke
(in: Marxistische Blätter 2-2002)

für gute Anwälte eher einfach, jede Art von Beweisen und Dokumenten zu Menschenrechtsverletzungen in der Türkei glaubhaft vorzubringen. Dies geschah mit Hilfe einer Freundin vom ISKD (Verein der KriegsgegnerInnen Izmir), die vor Gericht über die organisatorische Struktur der Wehrpflicht in der Türkei und den Einsatz von kurdischen Wehrpflichtigen gegen die kurdische Bevölkerung aussagte.

So entschied das Gericht, dass Kurden nicht gezwungen werden können, gegen ihre eigenen Landsleute zu kämpfen und es daher erforderlich sei festzustellen, wer denn wirklich Kurde sei. Weiter wurde eine umfangreiche Recherche über Menschenrechtsverletzungen in der Türkischen Armee angefordert.

Ein staatliches Komitee sollte entscheiden, ob ein kurdischer KDVer wirklich ein Kurde war. Und so kam es zu surrealistischen Unterhaltungen, als niederländische Beamte eine Art Test durchführten, um eben dies zu beweisen. Als Zeuge einiger dieser Unterhaltungen kam ich mir eher vor, als befände ich mich in Absurdistan, statt in den Niederlanden. Nur wenige der kurdischen KDVer erhielten Asyl.

Doch der niederländische Staat versuchte, dies Loch im System zu stopfen, denn er fürchtete „große Zahlen“ von neuen Asylbewerbern. Einige KDVer zu akzeptieren, stellt für die Niederlande kein Problem dar, doch eine große Zahl von Kurden, die als KDVer einreisen, wird als eine Katastrophe angesehen.

Aksoy und Cicek

1999 starben drei kurdische Männer, die versucht hatten, in den Niederlanden Asyl zu erlangen. Sie weigerten sich, die Wehrpflicht zu erfüllen. Süleyman

Aksöy, Savas Cicek und ein Dritter, dessen Familie es nach seinem Tod vorzog zu schweigen, wurden aus den Niederlanden in die Türkei abgeschoben. Kurz nachdem sie rekrutiert wurden, starben sie. Selbstmord, sagt die Türkei, Mord, ist unsere Annahme.

zeptiert wurde, entschloss sich die niederländische Regierung, KurdInnen wieder abzuschieben. Mehr noch, sie erklärten. Menschenrechtsorganisationen hätten auf Anfrage bestätigt, das Aksoy Selbstmord begangen habe. Das konnten wir nicht glauben und kontaktierten die angesehe-



Mustafa Polat nach unserer Aktion im Parlament am 15. Mai 2001, mit dem T-Shirt: Was geschah mit Savas Cicek ?

Nachdem dies im August öffentlich wurde, verhängten die niederländischen Behörden einen Abschiebestopp in die Türkei. Im Dezember '99, zwei Tage, bevor die Türkei als EU-Kandidat ak-

nen Menschenrechtsorganisationen. Es stellte sich heraus, dass die niederländische Regierung sich auf eine falsche Behauptung stützte. Für IHD und TIHV war es unmöglich zu wissen, was in

den Kasernen wirklich vor sich ging.

Darauf luden wir die Väter von Aksoy und Cicek ein, um sie in den Niederlanden zu Wort kommen zu lassen. Das Resultat dieses Besuchs war durchaus wichtig. Das Parlament eröffnete eine neue Untersuchung über den Todesgrund Savas Ciceks. Doch der/die LeserIn kann sich vorstellen, dass es zwei Jahre dauerte, bevor diese Untersuchung zu einem Ende kam. Askere Gitme ! musste sich wiederholt für einen Gerichtstermin einsetzen. Am 15. Mai 2001 machten wir eine Aktion im Parlament, bei der wir T-Shirts mit der Frage „Was geschah mit Savas Cicek ?“ anzo-gen. Wir saßen in der Gästeloge und die Sitzung musste unterbrochen werden, bis wir herausgebracht wurden.

Im September machten wir mit derselben Frage eine „Selbst-Einlad-Aktion“ beim Justizministerium. Wir wollten kommen, um den Bericht abzuholen. Nur ein paar Tage vor unserer versprochenen Aktion wurde ein geheimer Bericht veröffentlicht. Bei unserer Selbsteinladung (wir wurden hereingelassen, bekamen aber keinen Tee oder Kaffee, schließlich hatten wir uns ja selbst eingeladen. Nächstes Mal bringen wir unsern Kaffee selbst mit) konnten wir diesen Bericht den Zivis zeigen, denn wir hatten ihn zugespielt bekommen. Der Bericht gab zu, dass der nie-

derländische Staat nicht wusste, was Savas Cicek widerfahren war. Eine Schande natürlich. Das Problem war, dass die Mehrheit des niederländischen Parlaments dieses Resultat akzeptierte. Es änderte sich also nichts, außer dass das Thema (kurdischer) KDVer aus der Türkei öffentlich bekannt wurde.

Mustafa Polat

Am gleichen Tag erfuhr Mustafa Polat, dass er abgeschoben werden solle. Mustafa Polat ist einer der Gründer von Askere Gitme ! Mustafa hatte die Türkei schon 1989 verlassen, gleich nachdem er seine Einberufung bekommen hatte. Er lebt seit zwölf Jahren in den Niederlanden, hat drei Kinder, von denen zwei hier geboren wurden.

Er sollte das Land am 4. Januar 2002 verlassen. Askere Gitme ! hat neue Aktionen gestartet, um ihm und seiner Familie zu helfen. Wir hoffen, in der nächsten Ausgabe von Otkökü über seine Situation und die Aktionen von Askere Gitme ! zu berichten.

Große Zahlen

Askere Gitme ! hat nie recherchiert, wie viele Kurden im weitesten Sinne KDVer (Deserteure, Wehrflüchtige, Pazifisten etc.) sind, doch wahrscheinlich sind die Befürchtungen des niederländischen Staates berechtigt. Nur wenige sind bereit, der türkischen Armee zu dienen. KDVer

Asyl zu gewähren würde die Niederlande also mit zwei Problemen konfrontieren: eine große Zahl von Asylbewerbern und ein Konflikt mit dem türkischen Staat.

Um diesen Phänomenen zu entgehen, begannen die Niederlande, das türkische Wehrpflichtsystem und seine Anwendung zu studieren und erstellen seit 1998 jährliche Berichte.

In diesen Berichten, die von Zivis des Außenministeriums vorbereitet werden, wird die Situation eher realistisch wiedergegeben, doch in den Schlussfolgerungen heißt es jedes Mal, es gäbe Fortschritt in der Menschenrechtssituation und keine aktuellen Berichte über ernsthafte Vorfälle. Daher bestehe kein Grund zur Sorge um kurdische KDVer und es spräche nichts dagegen, sie in die Türkei abzuschieben.

Um die Arbeit von Askere Gitme ! zu unterstützen, ist es wichtig, an präzise Informationen zur Menschenrechtssituation innerhalb der Türkischen Streitkräfte zu gelangen. Mit verlässlichen Berichten können wir Druck auf die niederländische Außenpolitik ausüben – und wahrscheinlich auch auf andere europäische Länder.

Guido von Leemput ,
Askere Gitme !
(in: otkökü 5 mart 2002
(GWR 267))

şiddetten arınmış ve tahakkümsüz bir toplum için Otkökü Devrimi

otkökü 5



türkisch-deutsche Beilage der Graswurzelrevolution Nr. 267 / März 2002

www.graswurzel.net

BIG BROTHER – DIE UNTERHALTUNG DER GENERATION ÖZAL

Container Istanbul

Gameshows nach westlichem Vorbild beherrschen die türkische Fernsehlandschaft. Auf den Bildschirmen sind flotte junge Akademiker aus dem urbanen Westen des Landes zu sehen, die vor rund um die Uhr laufenden Kameras versuchen, vom staatlichen Mindestlohn zu leben. Das Fernsehpublikum im armen Anatolien sieht zu und zieht seine Schlüsse.

Von
**NICOLAS
MONCEAU**

DIE Welle des „Reality-TV“, die durch alle westlichen Länder rollte, hat die Türkei nicht verschont. Im Jahre 2001 brachten derartige Sendungen auf rund einem Dutzend privater Fernsehkanäle höchste Einschaltquoten – und gaben Anlass zu heftigen Kontroversen. Besonders spannend waren die Reaktionen vor dem Hintergrund der schweren Wirtschafts- und Währungskrise, unter der die Türkei seit Februar 2001 leidet.

In einem Jahr ist die Zahl der Arbeitslosen um über eine Million gestiegen, die Inflationsrate beträgt 80 Prozent, und 40 Prozent der Bevölkerung müssen von etwa 1,50 Dollar am Tag leben. Diese aktuellen Zahlen aus dem türkischen Arbeitsministerium zeugen von einer explosiven Situation. Zugleich mehren sich im Fernsehen Gameshows mit hohen Gewinnchancen. Shows wie „Wer will 125 Milliarden?“ („Kim 125 milyar ister?“) (nach der Abwertung der türkischen Lira umgetauft in „Wer will 500 Milliarden?“), „Halt die Hand drauf!“ („Dokun bana“) und „Küsschen am Abend“ („İyi geceler opucugu“) konnten sich kaum retten vor Kandidaten, die zu allem bereit waren, um mit einem Auftritt schnelles Geld zu machen. (1) Als unangefochtene Spitzenreiter erwiesen sich 2001 die Serien „102 Millionen“ und „Wir werden beobachtet“ – türkische Variante des „Big Brother“ – Konzepts. (2)

„102 Millionen“ (102 Milyon), im Juni 2001 vom privaten Kanal D gestartet, bot eine Art Bühnenfassung der Wirtschafts- und Finanzkrise: Zwei Kandidaten traten gegeneinander an mit dem Ziel, von 102 Millionen Lira (etwa 100 Euro, dem gesetzlichen Mindestlohn also) einen Monat lang in Istanbul zu (über)leben. Rund um die Uhr von einem Dutzend Kameras verfolgt, sollten sie alle Ausgaben des täglichen Lebens (Essen, Freizeitvergnügen, laufende Kosten – ausgenommen die Miete) aus diesem Budget bestreiten. Dem Gewinner winkten sie Summe von 25 Mrd. Lira (etwa 25 000 Euro) und ein Auto.

Auf dem Bildschirm sieht man, wie der Druck durch die Krise wächst: Die Kandidaten haben alle Mühe, ihre Kosten für Nahrungsmittel auf das absolute Minimum zu beschränken (jede Woche werden die Liste ihrer Einkäufe und die aktuelle Summe ihrer Ausgaben gezeigt). Sie gehen zu Fuß zur Arbeit, um Fahrtkosten zu sparen, und lassen sich tausend Tricks einfallen. Dabei entdecken sie eine bislang offenbar unbekannte Wirklichkeit: den Alltag von Millionen ihrer Landsleute.

Diese Version von „Big Brother“ führt den Opfern der Wirtschaftskrise ein Überlebensmodell vor. Angeblich in solidarischer Absicht. Doch man muss sich die Modalitäten – und die Natur dieses Wettkampfs – genauer ansehen. Jeweils ein Mann und eine Frau treten gegeneinander an, beide um die zwanzig, unverheiratet, Studenten oder Berufstätige mit abgeschlossener Ausbildung. Die realen Empfänger des garantierten Mindestlohns gehören in der Regel einer anderen Generation und anderen sozialen Schichten an: Es sind ungelernete Arbeiter oder Mütter mit vielen Kindern. Dass der Fernsehproduzent ausgerechnet zwei Kandidaten ohne fa-



Generation Özal ?

Foto: HIRTHE/ARGUS

miliäre Belastungen, die zudem keine Miete bezahlen müssen, antreten lässt, um zu beweisen, dass man mit diesem Einkommen in der heutigen Türkei leben kann, ist also nicht gerade realistisch.

Die im Februar 2001 von Show TV – einem stark am Massengeschmack orientierten Privatsender – gestartete Serie „Wir werden beobachtet“ („Biri bi-zi gözetliyor“, auch „Haus BBG“ genannt) hielt bis zum 19. Mai die ganze Nation in Atem: Das Konzept ist angelehnt an westliche Vorbilder: Fünfzehn junge Leute, eingeschlossen in einem Haus und von Kameras überwacht, sollen sich vor dem Publikum bewähren, das per Ausschlussverfahren bestimmt, wer übrig bleibt und das Preisgeld von 100 Milliarden Lira gewinnt. Die heftigen Reaktionen auf „Big Brother“ zeigten – mehr als in jedem anderen Land – die Widersprüche und Spannungen, mit denen junge Leute heutzutage leben.

In der politischen und gesellschaftlichen Diskussion ist immer häufiger vom Prinzip der „kulturellen Vielfalt“ die Rede, das die Türkei seit den Zeiten des Osmanischen Reiches kennt; doch im „Haus BBG“ gibt es keine Kurden und keine Alewiten, die jungen Leute stammen ausnahmslos aus dem Westen der Türkei und sind typische Vertreter eines urbanen westlichen Lebensstils. Auch ihr sozialer Status – alle mit Universitätsabschluss oder mit der Möglichkeit dazu – liegt deutlich über dem

Durchschnitt eines Landes, in dem – nach einer kürzlich veröffentlichten Studie der Weltbank (3) – 16 Prozent der Erwachsenen Analphabeten sind (bei Frauen sind es 25 Prozent) und nur 2,5 Prozent der Gesamtbevölkerung weiterführende Schulen besucht haben. Indem sie von der „Menschenlandschaft der Türkei“ nur deren „westlichen“ Teil zeigt, liefert die Serie ein völlig unausgewogenes Bild der Jugend – das von einer Mehrheit der Zuschauer, die aus Anatolien kommt, noch dazu idealisiert wird. Beim „Haus BBG“ bestaunt also der arme, traditionelle „Osten“ des Landes den Reichtum und die Modernität des „Westens“. Mit Kritik an den Ungereimtheiten einer Gesellschaft der zwei Geschwindigkeiten hat die „Big Brother“-Serie nichts im Sinn.

Die Art, wie der Wettbewerb durchgeführt, und insbesondere das System, nach dem das Ausscheiden von Kandidaten bestimmt wird, machen deutlich, welches Gewicht moralische und religiöse Grundsätze in diesem Land muslimischer Tradition noch immer besitzen. Anders als in anderen Ländern wird hier erotisches Geplänkel nicht von den Kameras übertragen, und wer sich nicht an Moral und geltende Sitten hält, hat das Nachsehen. So musste Hülya, eine 36jährige Hausfrau und Mutter, früh ausscheiden, weil sie bereitwillig das Zimmer mit dem Konkurrenten Melih teilte, der kaum älter

als ihre Kinder war. Die meisten Zuschauer begrüßten den Rausschmiss, weil Hülyas Verhalten mit „dem Schutz der türkischen Familie und der öffentlichen Moral nicht vereinbar“ sei. Beim Obersten Rat für Rundfunk und Fernsehen (RTÜK), einer ebenso mächtigen wie umstrittenen Kontrollinstanz, gingen innerhalb eines Monats fast 3000 Beschwerden ein. Der RTÜK untersagte daraufhin für einen Tag die Ausstrahlung des Programms von Show TV. Mehr als zwei Drittel der Beschwerdeführer waren Männer, darunter hundert Parlamentarier und fünf Minister.

Obwohl schon die Auswahl der Kandidaten und die Kriterien für ihr Ausscheiden kritisch gesehen wurden, ging es bei den Kontroversen im Kern um das durch die Sendung vermittelte Bild der Jugend. Die jungen Leute im „Haus BBG“ betrachten sich selbst als unpolitisch, das politische Leben des Landes finden sie „korrupt“ oder schlicht „dreckig“. Gleichzeitig sind sie über die soziale Wirklichkeit nicht auf dem Laufenden und stehen aktuellen Problemen völlig gleichgültig gegenüber. Ihre Grundhaltung ist radikal individualistisch. Sie sind darauf aus, schnelles Geld zu machen und sich über die Sendung einen Platz im Medienzirkus zu sichern. Steht man erst einmal im Scheinwerferlicht, kann man auch ein Star werden: Tarik zum Beispiel, der als Musiker ein paar Hits landete, oder Melih und Eray, die in irgendwelchen Seifenopern auftraten. Sie wurden von hysterischen Fans umlagert, wo immer sie sich zeigten. Letztlich besteht ihre kulturelle Relevanz darin, dass sie das allmähliche Absterben traditioneller Wurzeln zugunsten der „Fernsehkultur“ illustrieren. Die Mehrheit der Zuschauer hielt die Teilnehmer am Verdrängungswettbewerb im „Haus BBG“ jedenfalls für „oberflächlich“ und „beeinflussbar“, „kalt und gleichgültig“, wenn nicht gar für „verdorben“ durch die kulturelle Orientierung am Westen.

In gewisser Weise sind die junge Leute im „Haus BBG“ typische Vertreter der „Generation Özal“. Sie wurden zur Zeit des Militärputsches vom 12. September 1980 geboren und wuchsen im System der Reformpolitik des ehemaligen Ministerpräsidenten Turgut Özal auf – das im Zeichen der Öffnung und liberalen Orientierung stand und in der Türkei tief greifende Veränderungen im Denken der Menschen bewirkt hat. Die zehn Jahre von 1980 bis 1990 waren geprägt von Wirtschaftsliberalismus und der Amerikanisierung des Alltagslebens. In dieser Zeit wurde das Geld zum Wert an sich, zu dem man sich bekannte wie zu einer neuen Religion.

Dass der Start der „Big Brother“-Serie im Februar letzten Jahres zufällig mit dem Beginn der Wirtschaftskrise und Finanzkrise zusammenfiel, sorgte für eine Art Vergrößerungseffekt: Im Lauf der Monate wurde die Diskrepanz zwischen der dramatischen Entwicklung im Lande und der ignoranten Selbstbezogenheit der Kandidaten überdeutlich sichtbar. Damit offenbarte sich die kulturelle Identitätskrise und moralische Orientierungslosigkeit der jungen Türken von heute – auf dem holprigen Weg in jene westliche Moderne, die einst von den kemalistischen Gründern der Republik zum einzig wahren Leitbild erklärt worden war,

Anmerkungen:

- (1) In der Serie „Halt die Hand drauf“, die im Sommer 2001 lief, versucht ein Dutzend Bewerber, ein Auto zu gewinnen, indem jeder von ihnen eine Hand (in einem Spezialhandschuh) auf die Motorhaube legt und so lange wie möglich aushält. Im Rahmen dieser physischen und psychischen Belastungsprobe – der Rekord steht mittlerweile bei über 95 Stunden – kommt es natürlich immer wieder zu Ohnmachtsanfällen, zu Weinkrämpfen und Halluzinationen. Eine andere Version dieser Art von Wettbewerb orientiert sich an „Nur Pferden gibt man den Gnadenschuss“, einem 1935 erschienenen Roman von Horace McCoy (1969 verfilmt von Sydney Pollack mit Jane Fonda und Gig Young), das einen Dauertanzwettbewerb in den Vereinigten Staaten zur Zeit der Depression beschreibt. Auch in der türkischen Fernsehshow treten zwanzig Paare gegeneinander an, die bis zur Erschöpfung tanzen müssen. „Küsschen am Abend“, eine weitere Show dieses Genres, spekuliert mit der Tabuisierung von Sexualität in der Türkei. Den Zuschauern werden während der Sendung, mit Hilfe spezieller Kameras auf der Bühne, intime Blicke auf die spärlich bekleideten Moderatorinnen gewährt.
- (2) Siehe Ignacio Ramonet, „Immer im Zimmer“, *LE MONDE diplomatique*, Juni 2001.
- (3) The World Bank Group in Turkey, Washington, D.C., Februar 2001. Siehe <http://www.worldbank.org/html/extdr/regions.htm>.

NIE WIEDER HALAPJA !

Die fortschrittliche Menschheit schämt sich für die Verbrechen, die in der Geschichte im Namen der Menschheit begangen wurden.

Die Menschheitsgeschichte ist voll von Verbrechen der Herrschenden gegen Minderheiten, Werktätige und all jene, die sich nicht der offiziellen Staatsideologie unterworfen haben.

Andererseits werden Massaker und Verbrechen zu allen Zeiten und in allen Teilen der Welt verurteilt, wie es das Beispiel des Hitler-Faschismus deutlich machte.

Leider trifft dies nicht zu, wenn es um die Kurden geht. Sobald es unser Volk betrifft, ist man mit einer merkwürdigen Doppelmoral konfrontiert: Vor 13 Jahren hat zum Beispiel Saddam Hussein mit wirtschaftlicher, politischer und technischer Unterstützung bestimmter westlicher Staaten ein Massaker gegen unser Volk verübt, dessen

auf dieser Welt behindert, die ständig Begriffe wie Pluralismus, Macht der Justiz, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Freiheit benutzen. Darüber hinaus sind sie auch verantwortlich für die Zerstörung der Natur.

Trotz dieser schmerzvollen Realitäten bedeutet dies nicht das Ende für das kurdische Volk. Die kurdische Frage benötigt dringend eine politische und demokratische Lösung.

Insbesondere die Schritte und Vorschläge für einen Frieden seitens der kurdischen politischen und nationalen Bewegung bieten den für die Verbrechen gegenüber unserm Volk Verantwortlichen eine Möglichkeit, ihrer Verantwortung für eine friedliche Lösung nachzukommen. Nur so kann das kurdische Volk den Verbrechern vielleicht ihre Taten verzeihen.

Das Neujahrsfest, Newroz, Symbol für den nationalen Widerstand und

die Einheit des kurdischen Volkes, naht. Aus diesem Grund glauben wir fest daran, dass das kurdische Volk gemeinsam mit seinen Freunden an diesem Tag den Feinden zum Trotz zeigen wird, dass das Massaker in Halapja nicht vergessen ist.

Selahaddin Ekinci
(Internationaler Freundschaftsverein)



5000 Kurden sterben nach Giftgasangriff

Foto: ÖP

Bilder die ganze Welt erschüttert haben. Trotzdem wurde bis heute kein einziger Verantwortlicher juristisch verfolgt. Diese offensichtliche Doppelmoral ist weder unserm Volk noch der demokratischen Öffentlichkeit in aller Welt entgangen.

Die Entwicklung der Menschheit und das freie Zusammenleben der Minderheiten werden maßgeblich von den Herrschenden

POLIZEIDULDUNG VON NEONAZI-KONZERT IN DORTMUND Staatsschutz für Nazi-Musik

Am Samstag, dem 16. März 2002, fand in Dortmund-Schüren ein Neonazi-Konzert mit mehr als 1000 Besuchern statt, auf dem die Dortmunder Band „Oidoxie“, „Boots of Hate“ aus Viersen, „Hauptkampflinie“ aus Kassel, „Intimidation one“ aus Kanada und „Legion of thor“ aus den USA auftraten.

Alle Bands haben Verbindung zu dem in Deutschland seit September 2000 verbotenen „Blood&Honour“-Netzwerk und treten auf „Blood&Honour“-Konzerten auf. „Oidoxie“ wird im Verfassungsschutzbericht Nordrhein-Westfalen aufgeführt. Auf der mit Hakenkreuzen und anderen NS-Symbolen übersäten Homepage von „Intimidation one“ führt ein Link zum „Aryan Net“ und zu Bands wie „Jew Slaughter“ (deutsch: „Judenschlächter“), für deren CD „Alcoholocaust“ geworben wird. Die CD „Völkermordzentrale“ der ebenfalls in Dortmund aufgetretenen Band „Hauptkampflinie“ wurde 2000 in die Liste der jugendgefährdenden Schriften aufgenommen. Es ist ein Skandal, dass die Behörden das Konzert nicht verboten oder zumindest sofort nach Beginn auflösten. Nach Presseberichten wussten die Behörden viele Stunden vorher von dem Konzert. Sie hatten also genügend Zeit, um Gegenmaßnahmen zu ergreifen, zumal Konzerte für die Nazi-Szene ein wichtiger Treffpunkt sind, wo Kontakte geknüpft und ausgebaut werden. Hier rekrutiert die Nazi-Szene Nachwuchs, hier werden Gelder eingenommen, mit denen neofaschistische Organisationen sich finanzieren.

Stattdessen konnte das Konzert eindeutig neonazistischer Bands unter dem Beifall der mehr als 1000 rechtsextremistischen Besucher ungestört sechs Stunden lang stattfinden, konnten die Neonazis, von Polizei und Staatsschutz unbehelligt, antisemitische, den Holocaust leugnende und den Nationalsozialismus verherrlichende, volksverhetzende Propaganda verbreiten.

Für die Verantwortlichen bei Polizei und Staatsschutz darf dies nicht folgenlos bleiben. Sie müssen von ihren Ämtern zurücktreten.

Ich unterstütze daher die Forderung örtlicher Initiativen nach dem Rücktritt des Polizeipräsidenten Hans Schulze.

Laut Polizeiangaben war das Konzert eine „



Blood and Honour-Demo

Foto: enough is enough

Party mit Gästeliste. Dabei gilt das Privatrecht, welches nur bei Erfüllung eines Straftatbestandes außer Kraft gesetzt wird“, sagte ein Polizeisprecher. Dies sei nicht der Fall gewesen. Außerdem habe man nur mit 300 Teilnehmern gerechnet.

Für den 31. März ist ein Konzert zum 20. Geburtstag der Dortmunder „Borussen-Front“ geplant. Die dort auftretende Bremer Nazihooband „Kategorie C“ wirbt auf ihrer Homepage bereits dafür.

Nach Lage der Dinge wird auch diese Veranstaltung ungestört über die Bühne gehen.

**Ulla Jelpke (Innenpolitische Sprecherin
der PDS-Bundestagsfraktion)**

INTERNATIONALER FREUNDSCHAFTSVEREIN AUFRUF ZUR SOLIDARITÄT

Auf seiner letzten Mitgliederversammlung hat der IFV beschlossen, in Zukunft wieder stärker die Solidarität mit dem Kampf des kurdischen Volkes zum Bestandteil seiner Arbeit zu machen. Als erstes werden wir die internationale Kampagne zur Gleichstellung der kurdischen Sprache in der Türkei und im Ausland unterstützen.

Des weiteren wurde uns der Fall einer kurdischen Politikerin in den Niederlanden, Frau NURIYE KESBIR, bekannt. Wir haben beschlossen, eine Unterschriftensammlung gegen ihre drohende Abschiebung durchzuführen:

Frau NURIYE KESBIR ist eine kurdische Politikerin yezidischen Glaubens. Wir sind der Ansicht, dass ihr als Aktivistin für die Rechte der Kurden und der Frauen ein großes Unrecht widerfährt. Es widerspricht demokratischen Rechten, Frau Kesbir an ein Land wie die Türkei, das permanent wegen seiner Vergehen gegen die Demokratie, gegen die Menschenrechte und die Rechte des kurdischen Volkes und der Frauen verstößt, ausliefern zu wollen.

Wir fordern die niederländische Regierung auf, sich gemäß dem demokratischen Rechtssystem ihres Landes zu verhalten, Frau Kesbir freizulassen und ihren Asylantrag erneut zu prüfen.

Außerdem fordern wir die sofortige Beendigung aller Vorbereitungen für die Abschiebung Frau Kesbirs in die Türkei.

Selahaddin Ekinçi (Internationaler Freundschaftsverein IFV)

DER OSTEN ALS JUNGBRUNNENDER NPD

Ostdeutscher Rechtsextremismus vor und nach dem Anschluss

Zu den Lebenslügen der DDR-Zeiten gehörte, Faschismus gebe es nicht, er schwappe vom Westen herüber. Der vornehmsten westdeutschen Lebenslüge nach ist die BRD ein allseits demokratisches Gemeinwesen, das jeden „Totalitarismus“ hart bekämpft. Nach Ausschreitungen vornehmlich im Osten übernahm 1994 der Generalbundesanwalt die Überschwapp-Parole und drehte sie dahingehend um, dass Rechtsextremismus allein aus der Ex-DDR käme. Dergleichen ist Unsinn, aber es hält sich.

Anders als im Westen wurde nach 1945 in der Sowjetischen Zone mit Bodenreform, Enteignung der Junker und Kriegsverbrecher, Säuberung der Wirtschaft, des Staatsapparats und der Justiz von Naziaktivisten Wurzeln des Faschismus gerodet. Gleichfalls anders als in der entstehenden BRD war in SBZ und DDR die weitgehende Verfolgung von NS-Verbrechen. Negativ wirkten sich stalinistische Säuberungen, die Ersetzung kommunistischer und sozialdemokratischer Kader durch Karrieresüchtige, Teilnahme am tendenziell antisemitischen Feldzug gegen den „Zionismus“, die VVN-Auflösung 1953, die fortschreitende Bürokratisierung und Aushöhlung der Demokratie aus.

Unter der Oberfläche antifaschistischer Staatsdoktrin dauerten rechtskonservative, rassistische und nazistische Denkweisen fort und wurden weitervererbt. Der zunehmend autoritäre Charakter von Partei- und Staatsspitze, die Unterdrückung der Initiativen von unten, offener Diskussion und wahrheitsgetreuer Berichterstattung, die Doppelbödigkeit des Verhaltens vieler ließen reaktionäre Gesinnungen gedeihen.

Neonazismus im Osten

Bald schon bildeten sich erste organisierte Formen von neuem Nazismus, Revanchismus und Korpsstudententum, z.T. nach westlichem Muster, heraus. Enttarnte Delinquenten wurden bestraft, manche – so Wehrsportgruppenführer Hoffmann – gegen Westmark in die BRD abgeschoben. Der DDR-Staat war um seines Firmenschild willens bemüht, über neonazistische Aktivitäten nichts an die Öffentlichkeit dringen zu lassen. Daher konnte das Geschwür ungestört weiterwuchern.

Als nach dem Überfall Ost- und Westberliner Skinheads auf Besucher eines Punkkonzerts 1987 in der Zionskirche und weiteren faschistischen Attacken auf DDR-Gebiet nichts mehr vertuscht werden konnte, erklärte man die Rechtsextremisten zu bloßen „Rowdys“.

Teilen des SED-Apparats schienen sie als potenzielle Verbündete im Kampf gegen die demokratische Opposition. In Betrieben, Armee- und Polizeieinheiten galten sie wegen ihrer strammen Arbeitsdisziplin als ehrenwerte Mitstreiter.

Die Grenzöffnung am 9. November 1989 gab auch bundesdeutschen Neonazis, darunter Michael Kühnen, den Weg nach Osten frei. Auch hier wuchs zusammen, was zusammengehört, wenngleich Ost-West-Reibereien bis heute fortauern. Die Ostnazis hatten Nachholbedarf an Provokationen und tobten sich aus. Der zerfallende DDR-Staat setzte ihnen kaum Widerstand entgegen. Der Anschluss an die BRD brachte seinerseits die ersten Todesopfer rechtsextremer Mörder mit sich.

1992 dienten brandschatzende und mordende Neonazis in Rostock-Lichtenhagen und andernorts etablierten Bundestagsparteien als Stimmungsmacher, um das Asylrecht aushebeln zu können. Zwar wurden die Jungfaschisten, wie vorher von der Stasi, nun vom Verfassungsschutz beobachtet, wobei das MfS sie allerdings nicht so nobel aus Steuergeldern mitfinanziert hatte. Die Observation blieb für die öffentliche Sicherheit weiter folgenlos. Die Herrschenden brauchten die Rechtsextremen als Hilfskraft, damit sie selber rechte Politik treiben und den Osten ungehindert kolonialisieren konnten.

Im November 1992 begann allerdings um des BRD-Images willen eine Welle von Verboten neofaschistischer Organisationen, darunter 1995 des wichtigsten Sammelbeckens Freiheitliche deutsche Arbeiterpartei. Zartfühlend wurde – wie inzwischen auch im Fall NPD – für die frühzeitige Vorankündigung solcher Maßnahmen gesorgt, damit die Betroffenen Akten bereinigen, Kassen leeren und woanders unter schlüpfen konnten.

Durch Zusammenschluss in Unabhängigen Kameradschaften sind viele von ihnen als Organisation für die Behörden unangreifbar geworden. Sie verüben weiter schwere Verbrechen, meist ohne dafür adäquat belangt zu werden. Den Kameradschaften nahe stehen sog. UNA-Bomber wie Diesner, der 1997 in Berlin den sozialistischen Buchhändler Baltruschat, dann auf der Flucht einen Polizisten lebensgefährlich verletzte und einen anderen erschoss. Mit 15 951 rechtsextremen fremdenfeindlichen und antisemitischen Anschlägen im Jahre 2000 erreichte die BRD, mit fast 59 % mehr als im Jahr zuvor, den bisherigen Höchststand.

NPD im Osten

Auf parteipolitischem Gebiet kamen die Organisationsverbote der NPD zugute. Die 1964 gegründete, ab 1969 meist im Niedergang befindliche Partei



„Kameradschaftstreffen“ in Ludwigslust

lebte nach dem Anschluss im Osten wieder auf. Sie gewann vor allem in Sachsen militante neue Mitglieder, überrundete Republikaner und Deutsche Volksunion und hat Bundesgeschäftsstelle wie Verlag nach Ostberlin bzw. Riesa umquartiert. Am 1997 wirkten die radikaler gewordenen Nationaldemokraten verstärkt mit Kameradschaften zusammen.

Zu ihren Aktivitäten zählten Manifestationen von Hunderten und Tausenden, darunter der seit der Hit-

lerzeit erste Marsch deutscher Faschisten durchs Brandenburger Tor in Berlin, eine Demo in Neuruppin nach den US-Attentaten vom 11.9. 2001, bei der ein NPD-Funktionär vor den Augen der Polizei ein Sternenbanner verbrannte, und der Aufmarsch vom 1.12.2001 am Rand des ehemaligen jüdischen Viertels in Ostberlin, bei dem 3 300 Neonazis unter Polizeischutz gegen die Wehrmachtsausstellung zu Feld zogen.

Sofern die Polizei nicht direkt auf Antifaschisten einschlägt, ist die eben erwähnte Handlungsweise für sie typisch. Gerichte stellen neofaschistische Verbrecher gern als Einzeltäter hin und beurteilen sie milde, während Antinazis hart drangenommen werden. Wiederholt schanzten amtliche Stellen, so Bundesministerin Merkel beim „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“, Rechtsextremen Geld zu oder bestellten sie zu Jugendklubleitern. Der Verfassungsschutz beschäftigt Neonazis als V-Männer, darunter, wie sich ergab, große Teile der NPD-Führung, instruiert sie und unterstützt häufig ihre Aktionen.

Im Jahr 2000 zogen Staatsinstanzen verbal gegen den Rechtsextremismus vom Leder. Der Kanzler gab die Parole vom „Aufstand der Anständigen“ aus. Die in Deutschland größtmögliche Koalition aus Parteien, Organisationen, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften brachte am 9.11.2000 eine Demonstration für Menschlichkeit und Toleranz mit 200 000 Teilnehmenden zustande. Wesentlicher Grund war, dass die Großindustrie Computerspezialisten aus Ländern wie Indien brauchte, dass aber die Flut faschistischer Gewalttaten gegen Fremde Green-Card-Berechtigte von der Zuwanderung abhielt. Bundespräsident Rau hielt eine salbungsvolle Rede. Später zeichnete er einen früheren Kämpfer der Waffen-SS und NPD-Funktionär mit dem Bundesverdienstkreuz aus.

Anfang 2001 beantragte die PDS, den Grundgesetzartikel 26 (1) betreffend Friedensbereitschaft, durch einen Passus zu ergänzen, der die Wiederbelebung nationalsozialistischen Gedankenguts als verfassungswidrig zurückweist. Die anderen Parlamentsparteien lehnten das ab. 53 Jahre nach der BRD-Gründung kennzeichneten sie damit ihren Staat als NS-Nachfolger. Auch das Theater um den NPD-Verbotsprozess zeigt, wie fadenscheinig der von Großkopfeten bekundete Antifaschismus ist. Konsequente Demokratie kann allein von der Bevölkerungsmehrheit durchgesetzt werden.

Manfred Behrend (aus: Sozialistische Zeitung SoZ Nr. 3/März 2002)

NPD-VERBOT

Das Verfahren ist zur Farce geworden

Von der antifaschistischen und sozialistischen Linken war von Anfang an zu hören, dass die Methoden der ganz großen Koalition um Innenminister Otto Schily gegen die NPD untauglich seien.

Obwohl nach der Enthüllung immer weiterer Fakten über führende NPD-Funktionäre als V-Leute des Verfassungsschutzes alle sehr empört (CDU/FDP) bzw. sehr bestürzt (SPD/Grüne) tun, gab es auch in der bürgerlichen Presse schon lange genug deutliche Hinweise darauf, was alle faul ist im Staate Deutschland.

Bereits im November 2000 (!) hieß es fett gedruckt im Spiegel: „Schilys anonyme Zeugen. Mit abgehörten Telefonaten und Spitzelberichten will die Bundesregierung Karlsruhe überzeugen, dass die rechtsextreme Partei verboten gehört. Das Problem: Die Zeugen, V-Leute des Verfassungsschutzes, stehen vor Gericht nicht zur Verfügung.“

Und im Sommer 2001 hob dasselbe Blatt gar hervor: „Steuert der Verfassungsschutz Teile der NPD? Die zahlreichen bei der Partei eingeschleusten V-Leute gefährden das laufende Verbotsverfahren in Karlsruhe.“

Drei Verfassungsorgane, Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat beantragten beim vierten Verfassungsorgan, dem Verfassungsgericht in Karlsruhe, das Verbot der NPD. Vorangegangen war eine Welle der Empörung im Ausland und Massendemonstrationen in Deutschland gegen die rassistische und antisemitische Hetze dieser Partei und deren offensichtlichen Zusammenhang mit den zahlreichen rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten und Anschlägen.

Statt sich auf diese Mobilisierung zu stützen (angesichts derer Bundeskanzler Gerhard Schröder zum „Aufstand der Anständigen“ aufrief) und die NPD samt ähnlicher Parteien und Organisationen auf Grundlage der in Deutschland bestehenden Gesetze gegen rassistische und antisemitische Äußerungen sowie gegen Nachfolgeorganisationen der NSDAP aufzulösen, einigten sich die Führungen der etablierten Parteien auf die Anstrengung eines Verbots-Antrags wegen Verfassungsfeind-

lichkeit – was ein übles Präjudiz für künftige Verfahren gegen linke Organisationen schaffen könnte. Die Initiative dazu ging sogar von der CSU aus, insbesondere vom bayrischen Innenminister Günther Beckstein, der nun die für das Verfahren wahrscheinlich tödlichen „Pannen“ vehement dem Bundesinnenminister Otto Schily (YSPD) anlastet.

Zum Teil ging die Rechnung der „Etablierten“ zunächst auf: Die besorgten Kommentare aus dem Ausland ebten ab und die kaum aufgekeimte Bewegung von unten verlief im Sande. Dennoch hat sich die Anstrengung des Verfahrens in unvorhergesehener Weise als politisch produktiv erwiesen: In aller Öffentlichkeit tun sich Abgründe der Verfilzung von Staatsapparat und Rechtsextremismus auf.

Von den 14 im Antrag an das Verfassungsgericht benannten „Auskunftspersonen“ wurde Wolfgang Frenz (er war Vizechef des NPD-Landesverbandes) zuerst als V-Mann des Verfassungsschutzes enttarnt. Drei weitere von ihnen – Jens Pühse, Holger Apfel und Steffen Hupka – hatten zumindest Kontakt mit Anwerbern des Verfassungsschutzes, obwohl sie angeblich das Angebot der Zusammenarbeit abgelehnt zu haben.

Im Beweismaterial werden jedoch zahlreiche weitere hochrangige NPD-Funktionäre zitiert, von denen eine wachsende Zahl im Verdacht steht, V-Leute zu sein bzw. zumindest irgendwann gewesen zu sein. Der spektakulärste Fall, für den dies nachgewiesen ist, ist Udo Holtmann, der Landesvorsitzender der NPD in Nordrhein-Westfalen und Mitglied des NPD-

Bundesvorstands war.

Bei diesem Herrn lohnt es sich, ein wenig zu verweilen. Wahrscheinlich war er „Doppelagent“, der mit voller Überzeugung beiden Herren diente, dem Staatsschutz und der NPD. Er meinte nicht nur, an die Adresse angeblich deutschlandfeindlicher deutscher Politiker gerichtet, „die Täter dieses Völkermords verdienen die Todesstrafe“. Er bezeichnete auch



„Deutsche Polizisten schützen die Faschisten“ Foto: Maus

in seiner Zeit als aktiver V-Mann presserechtlich verantwortlich für ein im Oktober 2001 vom Berliner Landgericht wegen antisemitischer Hetze verbotenes NPD-Wahlkampfplakat, auf dem zu lesen stand: „Den Holocaust hat es nie gegeben“. Aufgrund dessen wurde er nicht etwa als V-Mann abgeschaltet, sondern erst im Januar 2002, nach seiner öffentlichen Enttarnung.

Dieser Fall ist exemplarisch. Laut offiziellen Schätzungen tummeln sich um die 100 Agenten des Bundesverfassungsschutzes sowie der Landesverfassungsschutzämter in führenden Positionen der NPD, einschließlich verantwortlicher Positionen für NPD-Presseorgane. Darüber hinaus witzeln Insider, so mancher Kreisverband der NPD könne per einfachen Mehrheitsbeschluss der Kontaktpersonen des Verfassungsschutzes aufgelöst werden.

Ähnliches dürfte für die anderen rechtsextremistischen Formationen gelten, wie der Fall des Christian Käs, seines Zeichens Landesvorsitzender der Republikaner Baden-Württemberg, zeigt, der zumindest von anderen Rep-Mitgliedern als Verfassungsschutzagent denun-

ziert wurde.

In einer bemerkenswerten Presseerklärung vom 15. Februar stellte die Abgeordnete der PDS-Bundestagsfraktion Ulla Jelpke die Diagnose: „Verfassungsschutzbehörden sabotieren NPD-Verbot.“ Denn es sind ja die Verfassungsschutzämter, die das Material für Karlsruhe zusammengestellt haben, dessen Wert mehr und mehr gegen Null schrumpft, insofern es sich auf Aussagen und Zitate von V-Leuten stützt.

Nachdem die antragstellenden Parteien unter Federführung von Schily versucht hatten, sich mit einer neuen Erklärung herauszuwinden, erfuhr die Öffentlichkeit von einem neuen Schriftsatz der Verfassungsschutzämter an das Verfassungsgericht, in dem von vier weiteren V-Leuten die Rede ist und die Frage gestellt wird, ob diese nicht irgendwie in geheimer Sitzung in das Verfahren eingeführt werden könnten!

Nachdem der „Aufstand der Anständigen“ wie eine Seifenblase zerplatzt ist, wird es nun höchste Zeit für einen „anständigen Aufstand“ – mit dem Ziel der Auflösung der NPD und der anderen rechtsextremistischen Organisationen. Die rechtlichen Mittel werden sich finden, wenn die Bewegung für dieses Ziel stark genug ist und entschieden genug auftritt.

CDU/CSU, FDP und SPD fürchten eine solche Bewegung, weil diese sehr rasch auf das Problem der Komplizenschaft der etablierten Politik mit dem Rechtsextremismus stoßen würde. Das betrifft nicht nur die Unionsparteien und ihren Kanzlerkandidaten Stoiber mit ihren Ausfällen gegen Immigranten und Flüchtlinge, das betrifft auch die Politik der SPD/Grünen-Regierung, die einen großen Teil des rechtsextremistischen sicherheitspolitischen Programms in die Praxis umsetzt. Das betrifft aber auch die „Wertschätzung“ für Staatsschutzorgane, die der Bspitzelung und Zersetzung linker sowie dem Aufbau rechtsextremistischer Gruppen dienen.

Wie wäre es, nur einmal probierhalber, als erstes die Verfassungsschutzämter aufzulösen?

Dann könnte man in der Praxis nachprüfen, ob die NPD und die anderen rechtsextremistischen Organisationen ohne die aktive Mitarbeit von Staatsschutzagenten überhaupt überleben könnten.

Manuel Kellner (in: SoZ 3/März 2002)

VOM JUDEN COHEN

Grundschüler in Dortmund-Wickede wollen,
dass der Dorfplatz nach Levi Cohen benannt wird
Die Lokalpolitik sträubt sich

Levi Cohen hat „nichts geleistet“, um geehrt zu werden, so wie er „sich nichts geleistet“ hat, um ermodert zu werden. Er war Jude. Levi Cohen steht für die Alltäglichkeit der deutschen Grausamkeit während der NS-Zeit.

Wenn es nach dem Willen der Schüler der Steinbrinkschule geht, soll nun der Dorf- und Festplatz in Dortmund-Wickede nach Cohen benannt werden. Doch damit stoßen die neun bis zehn Jahr alten Schüler auf Widerstand vor allem aus den Reihen der CDU. Denn: Ein Platz könne nicht Mahnmal und Festplatz zugleich sein.

Die Idee, den Marktplatz nach dem Textilhändler Cohen zu benennen, der bis zu seiner Ermordung 1942 in Wickede lebte, hatten die Grundschüler bei einer Projektwoche. Seit 1996 beteiligt sich die mit der Buber-Rosenzweig-Medaille ausgezeichnete Schule an dem europaweiten Projekt „Schule ohne Rassismus“.

Kontinuierlich wird vor allem an einem Thema gearbeitet: Juden in Wickede.

Der zu taufende Dorfplatz ist Privateigentum von Hans-Jürgen Bungert, der Platzbesitzer unterstützt den Vorschlag der Schüler. Dem Cohen-Platz sollte also ei-

gentlich nichts im Wege stehen. Doch da Straßennamen und Postadressen kommunal vergeben werden, ist dafür



die ansonsten vor allem beratende Be- *einem Schülerprojekt*“. Was auch zirksvertretung Wickede zuständig. Teilen der Bürgerschaft gefällt. Ein „Deren Einstimmen-Mehrheit für den Heimatforscher“ formulierte „Antrag ist gekippt, weil ein Grüner Bedenken“: Die Projekt-Lehrerin



Massenerschießung im 2. Weltkrieg

habe „öffentlich erklärt, sie sei zeitlebens vom Judentum fasziniert gewesen“, sie habe den „Enthusiasmus der Schüler“ ausgenutzt und deren „Willfährigkeit“ gefördert, und schließlich: „Der Wickeder Bürger Cohen“, übrigens sprechen alle Wickeder Mitbürger grundsätzlich nur vom ‚Juden Cohen‘, „ist nicht bevorzugt, als Namenspatron für das Neue Wickeder Zentrum herzuhalten.“

Ein Bürger sagte auf einer Veranstaltung zur Platzbenennung: „Cohen hat nur sechs Jahre in Wickede gelebt. Was

zur „Bürgerliste“ wechselte. Die Liste plädiert nun mit der CDU aus „Pietät“ gegen den „Levi-Cohen-Platz“. Obwohl Landesrabbiner, jüdische Gemeinde und Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit „ausdrücklich“ diesen Namen befürworten. Es gebe „keine religiösen Bedenken, dass an diesem Platz alltägliches Leben stattfindet und auch mal gefeiert werden kann.“ Das kümmert die CDU nicht.

Statt dessen sprechen Wickeder Christdemokraten von einer „Umsetzung inspirierter Ideen aus

hat er geleistet, das er einen Platz mit seinem Namen verdient hat?“

Günter Birkmann von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit dagegen stellte schon vor Monaten klar: „Als ehemaliger Wickeder Bürger jüdischen Glaubens kann Levi Cohen mit seinem Lebensschicksal stellvertretend für alle Jüdinnen und Juden aus Wickede, aber auch für alle jüdischen Verfolgten und Ermordeten unter der Nazi-Herrschaft stehen.“

Richard Kelber

POLEMIK GEGEN DIE ANTIDEUTSCHEN

Thomas Meyer-Falk

Innerhalb des breit gefächerten Spektrums der Linken in Deutschland gibt es eine antideutsche Fraktion, die mitunter auch als antideutsche Kommunisten auftritt. Nun ist prinzipiell nichts gegen eine „antideutsche“ Haltung einzuwenden, wenn diese sich zum Beispiel gegen die „doitsch-nationale“ Großmannssucht a la Joseph Fischer, Gerhard Schröder oder Edmund Stoiber wendet.

Auch ein Plädoyer für die Abschaffung aller Staaten und Staatsgrenzen ist durchaus nachvollziehbar; aber was die antideutsche Fraktion mitunter präsentiert, geht gelegentlich nur knapp an Realsatire vorbei und ist schädlich für die gesamte Linke.

Ich greife hier exemplarisch den palästinensisch-israelischen Konflikt heraus. Ja, wir sitzen alle im wohlgenährten Mitteleuropa und es ist bequem, mit vollen Bäuchen die KritikerInnen der israelischen Politik, welche eine Vernichtung der PalästinenserInnen anstrebt, als Antisemiten zu beschimpfen und in eine Reihe mit den Nazis zu stellen.

Die Überfüllung ihrer Bäuche kompensieren die Damen und Herren der antideutschen Fraktion durch entsprechende Leere in den oberen Körperregionen, und damit meine ich nicht etwa nur den Kopf, sondern auch und gerade das Herz!

Seit zwei, drei, bald vier Generationen, leben PalästinenserInnen in Lagern, die jeder Beschreibung spotten und die VertreterInnen der antideutschen Fraktion schreiend an Muttis und Vatis Rockschoße rennen ließen, müssten sie dort auch nur wenige Tage leben.

Kein Tag vergeht, ohne dass Gewehrfeuer und Granateneinschläge zu hören sind. Der Tod ist allgegenwärtig. Es herrschen Hunger, Krankheit und Wasserknappheit. Aber all das ficht die antideutsche Fraktion nicht an. Wer diese menschenunwürdigen Zustände, verursacht durch Israel, anprangert, der wird sofort und

vehement des Antisemitismus beschuldigt.

Dieser Vorwurf fällt auf sie selbst zurück, und zwar aus zwei Gründen:

Erstens müssen sie sich vorhalten lassen zu verschweigen, dass auch die PalästinenserInnen Semiten sind. Das heißt, es ist schlichter Unsinn, jenen, die auf das Leid dieser Menschen hinweisen, ANTI-Semitismus vorzuwerfen, bzw. zu unterstellen.

Und zweitens liegt der Verdacht nahe, dass zumindest einige der Vertreter der antideutschen Fraktion selber ein „antisemitisches Problem“ mit sich herumtragen. Schon Freud machte auf das Phänomen der „Projektion“ aufmerksam, einen Abwehrmechanismus, bei dem wir uns einen Vorgang vorzustellen haben, in dem einem anderen Menschen EIGENE Fehler (oder Wünsche) zugeschrieben werden.

Selbstverständlich kann, darf, ja muss die Politik der PalästinenserInnen im Rahmen ihrer Intifada und Selbstmordattentaten kritisch hinterfragt werden. Das ändert aber nichts daran, dass es in Israel Strömungen gibt (und Sharon ist einer ihrer Vertreter), die auf eine Vernichtung der PalästinenserInnen abzielen und darauf hinarbeiten.

Dies zu kritisieren und anzuprangern, ist nicht nur das Recht eines/r jeden Linken, sondern auch Pflicht!

Thomas Meyer-Falk, z.Zt. JVA-Z 3117,
Schönbornstr. 32,
D-76646 Bruchsal, Germany

WIE WEITER MIT DER ANTIFAZ ?

In eigener Sache

In den vergangenen Wochen haben AFB und Redaktion der AntifaZ mehrfach diskutiert, wie es um die Zukunft unserer Zeitschrift bestellt ist. Wer die Zeitschrift aufmerksam liest, konnte feststellen, dass wir in den vergangenen Ausgaben schon des öfteren über unsere Probleme berichtet haben.

Zum Stand der Dinge

Spätestens nach der Abo-Fragebogenaktion in der letzten Ausgabe wurde uns klar, dass die Zahl der festen Abonnenten wie auch der Leserinnen und Leser unserer Zeitschrift drastisch gesunken ist.

In der Analyse der Ursachen haben wir folgendes festgestellt:

Wir sind kräftemäßig nicht in der Lage gewesen, das Konzept einer antifaschistischen Zeitschrift auf internationalistischer Grundlage schlüssig weiterzuentwickeln und zu einer gefragten Alternative zu bestehenden Antifa-Zeitschriften zu entwickeln.

Die immer wieder ‚natürwüchsig‘ sich entwickelnde Schwerpunktsetzung „Internationalismus“ ist Ausdruck der Tatsache, dass die Redaktion der Analyse der internationalen Entwicklung aus politischen Erwägungen mehr Gewicht beigemessen hat als der Vertiefung der Analyse von bundesdeutschen Nazi-Strukturen.

Die Entstehung der ‚antiglobalen‘, antiimperialistischen Tendenz als weltweiter „Aufbruch“ lässt deutlich werden, dass die politischen Auseinandersetzungen in der Zukunft deutlich stärker und wesentlicher ‚international‘ bestimmt sein werden.

Ohne die Notwendigkeit des politischen Kampfes um die Zerschlagung aller Nazi-Strukturen zu leugnen, sind wir dennoch zu der Auffassung gelangt, dass unsere Zeitschrift sich eine klare und eindeutige Orientierung geben muss.

In Zukunft

Die Entscheidung ist zwar noch nicht endgültig, aber wir kommen immer deutlicher zu der Überzeugung, dass wir das bisherige Konzept grundsätzlich ändern wollen.

Eindeutiger Schwerpunkt soll in Zukunft die ‚internationale Politik‘ sein, wobei von Mal zu Mal weiterhin über wichtige Entwicklungen faschistischer Organisation, Rolle des Staates und grundlegende politische Strömungen der bundesdeutschen Gesellschaft geschrieben wird.

Auf dem Hintergrund der dargelegten, bisherigen Diskussionsergebnisse wollen wir voraussichtlich nach der Ausgabe 95 als letzter Ausgabe der AntifaZ mit neuem Namen und neuem Konzept erscheinen. Arbeitstitel: „*International – Zeitschrift für internationale Politik*“.

Erscheinungsmodus, Seitenzahl und inhaltliche Konzeption sollen bis dann ‚ausdiskutiert‘ sein – wir werden in der kommenden Ausgabe darüber berichten.

Selbstverständlich sind wir bei einer so weitgehenden Änderung der Konzeption auf die Reaktionen unserer LeserInnen gespannt und angewiesen – schreibt uns auf jeden Fall, was Ihr von unseren Plänen haltet!

Mit internationalistischen Grüßen

Eure AntifaZ-Redaktion

Attatro

Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040



Partner der
Büchergilde

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00

BUCHLADEN TARANTA BABU



• LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
• SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN-PSYCHOLOGIE-
• ÖKONOME • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA
Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-54 16 89

Wir bestellen jedes kaffeehaus Buch

SONNENBLUME Naturkost . Naturwaren



Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
am Hauptbahnhof
Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- Party- und Veranstaltungsservice
- Vollwertbuffets
- Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- Große Auswahl an ökologischen Weinen
- Regelmäßige Weinproben
- Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment



Seit 1978 ist der Verband
Nationaler Musik
Postfach 11 04 47
44207 Bochum

Der Antifa Platten Versand



Bei uns erhältlich:
ANTIFA CD'S aus Holland:
X-TREM mit Sweet, Roggell,
No Men, Old Old u.a. (mit
Aufkleber, Antifa) CD DM 22,00
Sampler Gramsch 1978-1986
Dier Meier, Zentse, The Ex,
Banden Pop Gruppe, Diermeier,
Kass u.a. DCD DM 33,00

Erhältlich per Post oder:
Buch-CD-Laden: "Hamburger Allee",
Hamburger Allee 35, 60486
Frankfurt/Main oder
Buchhandel Kassa,
Falkenweg 16A, 8781 JA
Groningen-Niederlande
Bestell den Katalog!

Einlieferung per
Vermittlung: Porto
Tel. 0234-4521-1111
E-Mail: HUNDLER@antifa.de

Theater Kunst



Jonglieren

Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kortumstr. 5

Öffnungszeiten: 10^h-18^h
Sonntags 10^h-14^h & langer Samstag

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH

- gut bekömmliches Brot mit Backferment-Sauerteig
- frisch vermahlene Bio- und demeter-Getreide
- alle Zutaten aus kontrolliert-biologischer Landwirtschaft
- EWG - Kontrollsystem (DE-006-Öko-Kontrollstelle)

Bochum-Weltmar, Hattinger Str. 188
Tel 0234 - 450590 Fax - 45 22 68 www.hutzelbrot.de
montags - freitags : 9 - 18 Uhr, samstags : 8 - 13 Uhr

MÄRKTE:
mittwochs und samstags
auf dem Buddenbergplatz am Hauptbahnhof
freitags 10 - 17 Uhr auf dem
Öko-Markt im Gerber-Viertel



TERRE DES FEMMES

Buchkalender für Frauen 2002 Planerin

- A5-Format, jede Woche im Überblick
- Herausnehmbares Adressbuch
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- Praktischer Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte
- Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen

• DM 23,50/€ 12, ÖS 180, SFR 23,50
• Erscheint im August 2001 • ISBN 3-9806165-5-x

TERRE DES FEMMES E.V. Postfach 2565, 72015 Tübingen
Tel. 0 70 71-79 73-0, Fax 0 70 71-79 73-22

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU



GEDANKEN BEI EINEM FLUG ÜBER DIE GROSSE MAUER

MAO TSE-TUNG

UNTER MIR DAS BILD DER NÖRDLICHEN LANDSCHAFT,
ZEHNTAUSEND MEILEN GEFLÜGELTER SCHNEE.

UNBEWEGLICH

DER GELBE FLUSS, VON SOLCHER HÖHE
NICHT MEHR REISSEND. ZWISCHEN IHM UND UNS
HAUCHZARTE WOLKENBÜNDEL
AUS WEISS UND AUS PURPUR.

WEIDLAND UND ÄCKER ZU BEIDEN SEITEN
DER GROSSEN MAUER. WIE VIELE FREIER SCHON
SICH VOR IHR VERBEUGTEN !

ALLE DIE ARMSELIGEN
KÖNIGE DER TSCH'IN UND DER HAN
DIE NUR WENIG WUSSTEN.
DIE TANG UND DIE SUNG,
MIT DEM LEICHTSINN IM ÜBERMASS !
UND DER HOCHMÜTIGE
EINZIGE SOHN EINER DYNASTIE, DER TSCHINGIS-KHAN !
MEHR ALS DEN BOGEN SPANNEN
KONNTE AUCH ER NICHT.

ALLE VERDARBEN.
ABER AUCH HEUTE
SEHT EUCH DIE GROSSEN HERREN AN: IMMER NOCH
VOLL DER ALTEN SCHLIMMEN BEGEHRlichkeit !